

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pro Nummer: 1 Pfennig.
 Vierteljahr 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 3,50 Mark pro Quartal.
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-
 Verzeichnisse für 1899 unter Nr. 7820.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgehaltene Kolonne
 je Zeile oder deren Raum 40 Pf., für
 politische und gesellschaftliche Vereins-
 und Versammlungs-Anzeigen, sowie
 Werbekarten 20 Pf. Inserate für die
 nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn-
 und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.
 Verantwortl. Redakteur: R. L. Nr. 1508.
 Telegramm-Adresse:
 „Socialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Mittwoch, den 31. Mai 1899.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Abonnements-Einladung.

Am 1. Juni 1899 eröffnen wir ein neues Abonnement auf den

„Vorwärts“

mit der illustrierten Sonntags-Beilage

„Die Neue Welt“

und der täglichen
Unterhaltungsbeilage.

Im Unterhaltungsblatt beginnen wir anfangs Juni mit einer
lustigen Berliner Geschichte:

„Der Kampf um Briesener“.

Von Heinrich Vorward.

Für Berlin nehmen sämtliche Zeitungs-Expeditoren
sowie unsere Expedition, Benthstr. 3, Bestellungen entgegen zum
monatlichen Preise von

1 Mark 10 Pfennigen frei ins Haus.

Für außerhalb nehmen sämtliche Postanstalten Abonne-
ments zum Preise von

1 Mark 10 Pfennig für den Monat Juni

entgegen. (Eingetragen ist der „Vorwärts“ in der Post-Zeitungs-
liste für 1899 unter Nummer 7820).

Die Redaktion des „Vorwärts“.

Siehe Inserat betr. Kleine Anzeigen.

Ein schlechtes Ende.

—st.— Wien, 28. Mai.

Die Entscheidung in dem Ausgleichsstreite ist zwar noch nicht
gefallen, aber allgemein ist die Ueberzeugung, daß sie nicht anders
bringen kann, als den Sturz der Regierung Thun.
Charakteristisch ist dieses träge und unfähige Ministerium überreizt zum
Hohle; mit allen seinen „Aktionen“ ist es in Sadgassen geraten, aus
denen es nicht heraus kann. Das patriotische Gethue, womit die
unermüdete Energie der Regierung begrüßt wurde, verflüchtigt sich
auch immer mehr; man beginnt auch in dem dümmen Wien einzusehen,
daß die Wurzel alles Übels diese parlamentarische Regierung ist, die
sich lieber mit den hinterhältigsten Klaukeln und Formeln umgiebt,
als daß sie den Strauß im Parlamente wagen würde. Im Grunde
verachtet auch hier die Regierung Thun weniger die Interessen Oesterreichs
als die Interessen der Aktionäre der Bank; ihr erstes
und letztes Argument ist, daß die Bank für ein fünfjähriges Pri-
vilegium nicht die Kosten auf sich nehmen könne, die für ein elfjähriges
ausbehalten waren. Auch das ist sicher, daß, wer immer der
Nachfolger der Herren Thun und Kalz wird, er reuig zum Parla-
mente zurückkehren muß. Ohne Parlament, das beweist gerade
diese Ausgleichsweise sehr eindringlich, ist der Ausgleich überhaupt
nicht zu machen, denn der § 14, mit dem man Wunder wirken zu
können glaubte, erweist sich bei näherer Betrachtung als ein sehr
brüchiges, nicht tragfähiges Instrument. Freilich, wie der Ausgleich
mit dem Parlamente gemacht werden kann, ist vielleicht kein ge-
ringeres Mädel. Zur Entwirrung des Knotens braucht man
einen anständigen, aufrichtigen, klugen und wissenschaft-
lichen Menschen; aber wo ist ein solcher in Oesterreich
anzutreiben? Nichts befehligt die österrische Pöbel-
herde als die Thatsache, daß man absolut nicht weiß, wer das
Erbe des Grafen Thun antreten könnte. Im weitesten Umkreise
gibt es heute in Oesterreich nicht einen einzigen politischen Kopf; es
fehlt durchaus an Männern, die wissen, was not thut und fähig
wären, es zu vollführen.

Knapp vor ihrem Ende hat übrigens diese Regierung ihren
wahren Charakter, den einer Herilal-reaktionären, gänzlich enthüllt.
Wie meinen ihre Stellung zu dem Entwurfe des neuen Wiener
Gemeindestatuts, der gestern im niederösterreichischen Landtage in
einer einzigen Sitzung durchgeprüft und unüberändert angenom-
men wurde. Wie hat man schon erlebt in diesem ver-
pöhlten Wien, aber die cynische Gemeinheit, wie sie der Vorgang
mit dieser Wahlreform von Anfang bis zu Ende war, übertrifft an
Schändlichkeit alles. Man erinnert sich noch, wie Herr Lueger
im März die Welt mit seinem „Et des Columbus“ überstrahlte. Er
brachte im Gemeinderate eine Vorlage auf Einführung des allgemeinen
und gleichen Wahlrechtes ein, nach der sämtliche 188 Gemeinderäte
vom allgemeinen Stimmrecht gewählt werden sollten. Dann reißt
der Herr nach Rom, um sich beim Kardinal Rampolla Mut zu
holen, und überließ den Entwurf, der als ein Landes-
gesetz der Sanktion des Landtages bedarf, der brutalen
Tüde seiner Freunde. Der Entwurf wurde ohne viel
Rechtens abgelehnt und der Abg. Weiskirchner, ein Lueger'scher
Beamter, erhielt den Auftrag, eine neue, auf dem Grundsatze der
Interessenvertretung beruhende Vorlage auszuarbeiten. Die Aus-
arbeitung geschah so rasch, daß man hundert gegen eins wetten
kann, die zweite Vorlage sei schon fertig gewesen, als die erste ein-
gebracht worden war. Und was ist das für eine Vorlage! Sie
behält die drei Wahlkörper mit ihren 188 Mandaten bei und creirt
einen vierten, dem aber nicht 46 Mandate, wie jedem der anderen,
zugewiesen werden, sondern der, als der Wahlkörper des „allge-
meinen“ Stimmrechtes, nur 20 Mandate erhält. Am diese
20 Mandate hat sich aber die gesamte wahlberechtigte Bevölkerung
zu rufen; hier wählen nämlich nicht bloß die Wähler, die in den
anderen Wahlkörpern nicht wählen, sondern auch die, die schon sonst
Wähler sind. Damit aber die neuen Mandate ja ganz sicher eine
Reute des antisemitischen Jähgahls werden, sind die Arbeiter fast
gänzlich vom Wahlrecht ausgeschlossen; zur Wahlberechtigung ge-
hört nämlich eine ununterbrochene fünfjährige Geg-
haftigkeit, eine Bedingung, die die Arbeiterwähler decimiert. Und um

den Hohn gleichsam voll zu machen, soll dieser Wahlkörper erst im
Jahre 1902 zum erstenmal an die Urne treten!

Das ist die eine Seite der Lueger'schen Tüden; die anderen
Schurkereien bewegen sich im Gebiete der drei alten Wahlkörper.
Hier hat das, was man Wahlgeometrie nennt, geradezu Orgien ge-
feiert. Vor allem sind alle Wähler, die „nur“ die Personal-
Einkommensteuer zahlen, brutal laßiert worden. Auch diese Ver-
stimmung richtet sich vorzugsweise gegen die Arbeiter, die
infolge der neuen Steuergeetze sehr oft den Steuer-
einzus von vier Gulden erreichen. Sie trifft aber auch alle
Handlungsgehilfen, bis zum Profuristen hinauf; denn alle Re-
dacteurs, Künstler, Schauspieler, kurz alle Leute, die von ihrer Ar-
beitskraft leben. Nebenbei wurde das sogenannte Intelligenz-Wahl-
recht, das Wahlrecht, das sich auf dem Charakter oder Amte auf-
baut, in der gefährlichsten Weise „revidiert“. Die Lehrer beispiels-
weise, die sich von der antisemitischen Heilslehre emanzipiert haben,
kommen aus dem zweiten Wahlkörper in den dritten, wo sie von dem
christlich-socialen Kleinbürgertum einfach erdrückt werden. Das
groteskeste ist aber die Schaffung eines „Intelligenz-Wahlrechtes“ der
Bediensteten. Alle Diener, Hofdiener, Staats-, Landes- und Ge-
meindebedienstete, kommen nämlich durch ihre Eigenschaft als Wähler
in den dritten Wahlkörper. Jeder Portier und jeder Hofkavalier, jeder
Detectiv und Wagenführer, ist nun kraft seiner Intelligenz
Wähler im dritten Wahlkörper; die Redacteurs, die Handlungsgehilfen,
die Arbeiter zählen zur Intelligenz natürlich nicht. Es wird also zum
Beispiel der Diener im Burgtheater Wähler sein, Sonnenhal und
Baumeister, die ersten Schauspieler dieses Theaters, verlieren ihr
Wahlrecht. Die „Arbeiter-Heitung“ hat sich dieser Tage den Schurz ge-
macht, das antisemitische „Deutsche Volksblatt“, das den Entwurf als
einen demokratischen gelobt hatte, zu befragen, wie viele Wähler es
selbst haben werde. Und es stellte sich heraus, daß weder ein Seger
noch ein Moskowitz, weder ein Redacteur noch ein Beamter,
kurz kein einziger Mensch von dieser ganzen Zeitung das
Wahlrecht haben werde — denn das theoretische, fünfjährige
Wahlrecht im vierten Wahlkörper zählt doch gar nicht — mit
Ausnahme natürlich des Herrn Bergani, des Besitzers jener
populären Platanen. Der Weg, den Herr Lueger binnen
zwei Monaten zurückgelegt hat, geht also von dem allgemeinen Wahl-
recht zu der allgemeinen Wahlentziehung jedes Nicht-Antisemiten.
Mit diesem Wahlrecht sind alle 188 Mandate eine sichere Reute der
Antisemiten.

Und was sagt die Regierung? So unglücklich, fast unfaßbar
es klingt, die Regierung scheint allen Ernstes entschlossen, diese Wahl-
reform der kaiserlichen Sanktion empfehlen zu wollen! Aus den
Aussagen, die in der gestrigen Debatte der Statthalter
angegeben wurden, ist zu erkennen, daß sich zwischen der
Wiener Pöbelpartei und der Regierung recht viele Fäden
angeknüpft haben. Daß die Sanktion einer solchen von der
niedrigsten Selbstsucht diktierten Reform ein Akt ausgeprägter
Parteilichkeit für die betreffende Partei ist, liegt auf der Hand. Was
soll man nun zu einer Regierung sagen, die diese schändliche Ver-
schöpfung, diese das gesamte politische Leben korrumpierende und ver-
giftende Demagogie erhalten und petrifizieren will! Wenn man von
den Wiener Antisemiten nichts lernen würde, als die gestrige Land-
tags-Debatte, so wüßte man von ihnen genug. Nicht ein einziges
Mal ergriff ein Redner der Majorität das Wort. Der Bürgermeister
sah den ganzen Tag im Buchstabe und nur, wenn es zur „Ab-
stimmung“ kam, erschienen die Herren, die Speitersche noch im Munde,
im Saale, um sich nach der Abstimmung immer schleunigst zu entfernen.
Der Entwurf, ein Gesetzwerk von mehr als 150 Paragraphen —
lag nur einen einzigen Tag vor und trotzdem wurde er unerbitlich —
die Sitzung währte von 10 Uhr vormittags bis 11 Uhr nachts — in
einer Sitzung durchgeprüft! Daß die Regierung Thun mit den
Antisemiten so zärtlich verfährt, ist vor allem dem neuen Handels-
minister Dipauli, einem Römling und Intriguanten schlimmster Art,
zu danken. Aber darüber hinaus ist es der Lohn an die schwarz-
gelbe Pöbelpartei, die sich nach oben als das „Volkswort“ gegen
alle irredentistischen, antisemitischen, umfürzlerischen Bestrebungen
präsentiert. Die Christlich-Socialen sind im Reichsrat zwei Tugend-
Mann stark, und sie vermögen die Entwicklung der Dinge auch nicht
im geringsten zu beeinflussen. Aber trotzdem läuft ihnen jede Re-
gierung nach, denn ihr byzantinischer Charakter wiegt aufeinander
alle ihre Gemeinheiten auf.

So wird das Ministerium Thun, das mit so großen Hoffnungen
begann, das denkbar unheilvollste Ende nehmen: als Protektor der
Schneider und Gregor, als Beschützer des elenden Gethiers, das
heute Wien und Niederösterreich beherrscht, geht es zu Grabe. So aber
ist es in Oesterreich: Seit vier Tagen bewegt die Oeffentlichkeit die
hitlige Debatte über die Organisation der Bank. Die Frage der
Organisation des Wiener Gemeinderates, eine
kulturelle Frage ersten Ranges, ist jedoch ganz unbeachtet geblieben!
Nur die Arbeiter sind wachsam. Sie halten an dem zwölf Ver-
sammlungen ab, und es ist zu hoffen, daß sie auf die bürgerlichen
Freiheiten die richtige Antwort finden werden.

Eine große Demonstration

Wien, 30. Mai.

hatten unsere Wiener Genossen zum Montagabend veranstaltet.
Es fanden acht Volkversammlungen statt, um gegen die
vom Landtage beschlossene neue Gemeindevahl-Ordnung zu
protestieren. Drei Versammlungen wurden wegen heftiger Angriffe
auf den Statthalter, die Majorität des Landtages und die Gemeinde-
vertretung aufgelöst, die übrigen konnten zu Ende tagen. Die Aus-
sicherungen des Landes, demonstrativ vor das Rathaus zu ziehen,
wurden durch die Polizei verhindert. Die Arbeiter des dritten Bezirks,
denen ein Redner empfahl, den Austritt aus der katholischen Kirche
zu erwägen, zogen nach dringlicher Veranlassung vor das Palais
des Prinzen Alois Lichtenstein, wo sie in stürmische Pfui-
zeife ausbrachen. Andere Arbeitermassen drangen in verschiedenen
Bezirken trotz Wache-Aufgebotes zu den Wohnungen der Abgeordneten
Strobach, Schneider und Gehmann, denen eine Kagenmusik dar-
gebracht wurde. Fünfundzwanzig Personen sollen verhaftet
worden sein.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 30. Mai.

Pobbielski's neueste Friedensstiftung.

Ermüdet durch seinen Erfolg gegenüber den Post-
assistenten hat Herr v. Pobbielski einen neuen Friedens-
feldzug eröffnet. Er hat nachfolgende Rundgebung an die
Postunterbeamten ergehen lassen:

„In vielen Orten des Reichs-Postgebietes bestehen Post-
unterbeamten-Vereine, die der Pflege kameradschaftlicher Gesellig-
keit und der Hebung der wirtschaftlichen Lage gewidmet
sind. Derartige Vereine können, wenn sie sich auf einzelne Orte
und deren Umgebung beschränken, in vielen Fällen segensreich
wirken und wohl geeignet sein, die Berufsbildung ihrer
Mitglieder zu fördern. Bei der Verschiedenartigkeit der Ver-
hältnisse in den einzelnen Bezirken und im Hinblick auf die Größe
des Reichs-Postgebietes erachte ich aber die Ausdehnung
solcher Postunterbeamten-Vereine über mehrere
Ober-Postdirektions-Bezirke nicht für richtig und
bestimme gleichzeitig, daß in die Vorstände oder sonstigen
leitenden Stellen der Vereine, also besonders auch
für die Verwaltung von Vereinskassern, nur solche Mitglieder
gewählt werden dürfen, die noch im Dienst stehen.“

Während Herr v. Pobbielski mit den Assistenten, deren
Willfährigkeit er von Anbeginn seiner Veröhnungsaktion
erwarten durfte, im Tone lebenswürdiger Verbindlichkeit ver-
handelte, glaubt er gegenüber den Unterbeamten als Kom-
mandeur sprechen zu dürfen und er kommandiert, wo zu
kommandieren er nicht berechtigt ist.

Herr v. Pobbielski will den Verband der Postunter-
beamten vernichten. Am liebsten verböte er ihn. Da
das nicht angeht, hält er es für nicht richtig, daß die
Postunterbeamten-Vereine sich über den Umkreis einer Ober-
Postdirektion ausdehnen. Warum soll das nicht richtig sein?
„Wegen der Verschiedenartigkeit der Verhältnisse in den ein-
zelnen Bezirken“, sagt der Postgeneral. Thatsächlich aber ist
von einer solchen Verschiedenartigkeit keinerlei Spur vorhan-
den und es ist offensichtlich, daß es sich nur darum handelt,
die Einheitlichkeit der Organisation zu zerstören und
einige leitende Personen des Verbandes matt zu
setzen. Nun ist aber außer Zweifel, daß Herr v. Pobbielski,
sollten die Postunterbeamten das, was er für richtig hält,
nicht für richtig halten, die ihm geläufigen Zwangsmittel spielen
lassen wird. Es soll — das ist das edle Ziel — den Post-
unterbeamten-Vereinen das Recht aller unpolitischen Vereine,
mit einander Verbindungen einzugehen, verwehrt werden.
Die vielgerühmte Fürsorge des Reichspost-Sekretärs bezieht
sich an den Unterbeamten in dem Plane, sie zu Staats-
bürgern zweiten Ranges herabzubringen, sie in
eine Rolle zu zwingen, die man anderen deutschen Arbeitern
denn doch noch nicht zu bieten wagen darf.

Aber noch mehr. Die Zersplitterung der Postunterbeamten
genügt nicht, den zur Ohnmacht verurteilten und lediglich dem
Vergnügungswesen überlieferten Einzelvereinen soll auch in
der Wahl ihrer Leitungen jede Selbständigkeit ge-
nommen werden. Nur Mitglieder, die noch im Dienst
stehen, sollen leitende Stellen innehaben dürfen. Und
hier findet Herr v. Pobbielski den jetzigen Zustand
nicht mehr für „richtig“, er „bestimmt“, er be-
fehlt, daß er beseitigt werde. Herr von Pobbielski
ist jedoch zu solchem Befehle keineswegs berech-
tigt. Es steht ihm nicht zu vorgeschreiben, wer von
den Postunterbeamten in den Vorstand des Verbandes bez-
der Vereine gewählt wird. Und was ist die Absicht dieser
unberechtigten Anordnung? Unterbeamte im Dienst haben
überhaupt keine Möglichkeit, die Geschäfte des Vereins
zu besorgen. Besonders das Unterstützungswesen, welches die
Verbandsleitung, da der Staat sich der genügenden Erfüllung
dieser Pflicht entzog, regelt, würde von dienstthuenden
Beamten nicht nebenhin verwaltet werden können. Dazu
würde vor allem der im Dienst stehende Vereinsleiter in
seiner Angelegenheit irgendwelche Unabhängigkeit gegenüber
der Postbehörde zeigen dürfen.

Der Erlaß des Staatssekretärs bedeutet nichts anderes
als die Ausrottung des Koalitionsrechtes der Postunter-
beamten mit der letzten Faser. Die Gewalt kann dies Ziel
vielleicht erreichen. Doch die vergewaltigte Manneswürde
wird die Postunterbeamten denken lehren.

Zur „Verrohung der Jugend“.

Meißen will hinter Jena nicht zurückbleiben. In der
Zwiebelmüsterstadt waren dieser Tage an 4000 Studenten
versammelt, die unter der Firma eines Verbandes der Turn-
schaften auf deutschen Hochschulen angeblich der edlen Turnerei
huldigten, in Wahrheit aber sich der Lust an Erzeufen in
einer Weise hingaben, daß selbst das dortige konservative
Lokalblatt allerunterthänigst aufzumucken sich erdreistet und
schreibt:

„Die schönen Tage des Studentenbesuches, auf welche sich die
meisten Bewohner unserer Stadt im voraus gefreut hatten, sind
leider nicht ohne Mißklang vorübergegangen, denn
das Betragen einzelner Mitglieder des V.-C. im nichtoffiziellen
Teile des Festes ließ viel zu wünschen übrig und hat bei
der hitzigen Bürgererschaft, die durchaus nicht philisterhaft
angelegt ist, da man in einer Fremdenverkehrsstadt wie Meißen
an derbe Späße gewöhnt ist, doch ernstliche Miß-
stimmung hervorgerufen. Jedenfalls hat es sich da-

bei gezeigt, daß das Bestreben der leitenden Korporation, die studentischen Sitten möglichst zu verbessern und das studentische Leben überhaupt zu veredeln und zu bereichern, durchaus berechtigt ist. Es ist doch gewiß kein Ruhm für akademische Bürger, wenn das **Gastrecht** einer Stadt derartig **mißbraucht** wird, daß die **gesamte Schamhaftigkeit** aufgegeben werden muß, um Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten. **Sachbeschädigungen selbst an Denkmälern der Stadt auszuführen**, ja sogar die Wohnungseinrichtung solcher Leute nicht zu schonen, welche dem Verbände Gastfreundschaft entgegengebracht haben, alles das konnte man doch von Leuten nicht erwarten, die die Wissenschaften pflegen und die einst verantwortliche Stellungen im Staatsleben bekleiden werden.

Wenn die Jünglinge erst zu Amt und Würden kommen, so werden sie es schon verstehen, über die verrohte Arbeiterjugend gründlich zu zernern und zu richten!

Deutsches Reich.

Die **Juchthandvorfälle** will der Offiziosus der „Berl. P. N.“ noch immer nicht fahren lassen. Unsere Feststellungen über die Verurteilungen aus § 153 der Gewerbe-Ordnung scheinen ihm aber für seinen Lieblingsschwanz so gefährlich, daß er sofort mobil macht und aus der großen Zahl der Freisprechungen beweisen will, wie notwendig das Juchthandgesetz sei. Wie einer, der überall dabei gewesen, will er wissen, daß die Freisprechungen erfolgen mußten, weil zwar Vergewaltigungen Arbeitswilliger erfolgt seien, der Streit aber nicht zur Erlangung günstigerer Lohn- und Arbeitsbedingungen, sondern zur Einschränkung des Hausrechts der Arbeitgeber inszeniert war. Hier verlagte der § 153 vollständig und deshalb, aber allerdings nicht deshalb allein — sondern weshalb noch? — sei „ein wirksamer gesetzlicher Schutz Arbeitswilliger gegen Terrorismus dringend geboten“. Daß von den 254 Verurteilten 220 mit weniger als einem Monat davon gelassen werden mußten, also weniger als einem Drittel der höchsten Strafe, diese gewiß nicht für besondere Schwere der Vergehungen sprechende Thatsache ist dem Offiziosus Neben- sache, der im übrigen sich den Spah macht, die ganz geringe Zahl der Fälle überhaupt mit einem „nicht weniger als 254 Verurteilungen“ fälschlich groß zu lägen.

Patriotisches.

Aus Ostpreußen wird uns geschrieben: Die Freizügigkeit besteht zum großen Leidwesen der Agrarier noch. Da ihnen die Landarbeiter noch nicht an die Kette gelegt sind, suchen sie wenigstens denselben so weit wie möglich andere Arbeitsfelder in der Provinz zu verschließen. Bei einer ganzen Reihe von Chaussees- und Eisenbahnbauten werden heimische Arbeiter nicht mehr beschäftigt. Das genügt den Landwirten aber nicht. Weder auf einem Kasernenbau noch bei anderen staatlichen oder öffentlichen Arbeiten soll auch nur ein einziger ostpreussischer Arbeiter beschäftigt werden, trotzdem doch auch die Landarbeiter die Steinergruben mitzuführen müssen, welche für öffentliche Bauten Verwendung finden.

Der Vorstand der Ostpreussischen Landwirtschaftskammer hat kürzlich über ein Schreiben, das ihm vom Landwirtschaftlichen Verein in Gerdauen, dem Wohnsitz des Edlen Alindowström, zugeht, verhandelt. Danach soll die königliche Eisenbahndirektion in Königsberg dafür sorgen: 1. daß zu den Arbeiten des Bahnbauwesens in hiesiger Gegend nur russisch-polnische Arbeiter verwendet werden; 2. die Baumunternehmer sollen verpflichtet werden, ihre Arbeiter aus dem Ausland zu beziehen; 3. soll die königliche Eisenbahndirektion in Erwägung ziehen, ob es nicht durchführbar ist, daß die späterhin bei den Betrieben der königl. Eisenbahn beschäftigten und angestellten Arbeiter und Hilfsarbeiter und auch kleinen Beamten, wie Weichensteller, Bahnwärter, Bremser usw. mehr aus den westlichen nach den östlichen Provinzen gezogen werden; 4. sollen Unternehmer und Eisenbahnbesitzer den Prüfungen der Legitimationen der Arbeiter mehr Aufmerksamkeit schenken, damit der Kontraktbruch der Arbeiter möglichst verhindert wird.

Katzenfisch hatte der „patriotische“ Vorstand der Landwirtschaftskammer gegen die Wünsche der „national“ gestimmten Gerdauener Agrarier nichts einzuwenden, nur fand er, daß der dritte Antrag nicht recht durchführbar sei. Vielleicht können die ostpreussischen Agrarier es noch mit ihren „nationalen“ Ansichten und Gefühlen vereinbaren, wenn in Ostpreußen auch die Stellen der Unterbeamten mit Russen besetzt werden.

Beamtenpflicht.

Das erstmalige Urteil des Ober-Verwaltungsgerichts in Sachen Palm wird von den Blättern des juristischen und industriellen Kapitals mit freudigem Jubelgeschrei begrüßt. Der Beifall des Stimmorgans zeigt schärfer als jede Kritik, was das Urteil bedeutet. Die große Masse der Zeitungen, auch der liberalen, hält die Angelegenheit kaum der Erwähnung wert; nur wenige Blätter beurteilen das Urteil des Ober-Verwaltungsgerichts mit Schärfe. So die „Frankfurter Zeitung“ und die „Berliner Zeitung“. Letzteres Blatt schreibt:

„Das Urteil und seine Begründung sind ein klassisches Zeugnis des Geistes, der heute in der Verwaltung und in der Verwaltungsjustiz lebt. Auch ohne ein Ausnahmengesetz zur Bekämpfung der Socialdemokratie“ wird die Socialdemokratie bekämpft, als ob sie unter einem solchen Ausnahmengesetz stünde. Die Verfassung gewährt jedem Staatsbürger gleiche Rechte, wie sie gleiche Pflichten von ihm fordert. Auch für Socialdemokraten gilt das Gesetz über die Freizügigkeit, welches jedem Deutschen gestattet, seinen Wohnsitz da zu nehmen, wo es ihm beliebt. Kann man aber regelmäßig den unbegleiteten Agitator nicht einsperren oder ausweisen, so giebt es andere Mittel, den Unfug los zu werden; man drangaliert ihn nach allen Regeln der Kunst und jagt ihn schließlich zum Bezuge zu zwingen, indem man darauf hinzuwirken sucht, daß er nicht einmal gegen Geld und gute Worte eine Wohnungsgelassenheit findet. Das Ober-Verwaltungsgericht findet nichts Tadelswertes in diesem Verfahren, es fällt ihm nicht im geringsten ein, daß dadurch ein staatsbürgerliches Grundrecht schwer beeinträchtigt wird, es findet solches Thun vielmehr höchst lobenswert und hält jeden, der auf irgendwelche Weise die Ausführung der behördlichen Absicht erschwert, für einen strafwürdigen Verächter von Sitte und Ordnung.

Das ist die eine Seite der Sache. Die andere zeigt uns die Stellung der Selbstverwaltungs-Beamten in eigenartiger Licht. Der Selbstverwaltungs-Beamte ist nicht nur Beamter, er ist auch Privatmann, und von seiner Privatthätigkeit, seinem bürgerlichen Verufe und Dantierung hängt seine Existenz ab. Deshalb ist er nach der Meinung des Ober-Verwaltungsgerichts aber nun nicht unabhängiger von den politischen Vorschriften und Wünschen der behördlichen Kreise wie der Staatsbeamte, nein, er soll auch in seinen bürgerlichen Verhältnissen, in rein privaten Beziehungen ganz und gar den Mantel nach dem Winde hängen. Er darf nicht kaufen und verkaufen, nicht mieten und vermieten, wie es ihm gefällt und wie es sein Vorteil erscheint, sondern soll auch in solchen Geschäften gewisse politische Rücksichten auf die Wünsche der staatlichen Behörden nehmen. Jeder ansässige Hauswirt vermiethet seine Wohnungen, ohne danach zu fragen, was Glaubens und welcher politischen Parteigebhörigkeit sein Mieter ist, ein Dorfschulze vergeht sich aber gegen die Pflichten seines Amtes, wenn er ebenso denkt und handelt! Wirklich, die Art, wie man hier zu Lande die Selbstverwaltungsbeamten behandelt, ist nicht eben geeignet, ihre Komiker begehrt zu machen und sie für die Opfer, die sie dem Gemeinwohl darbringen, willig zu machen.

Zeise ist die Hauptsache.

Im Berliner Scherl-Anzeiger lesen wir: „Zeise ist die Hauptsache!“ Dieses Wort fiel bei dem Empfang, der einer Anzahl Mitglieder des Kongresses zur Bekämpfung der Tuberkulose durch den Kaiser zu teil wurde, und der Kaiser ist der Autor des Wortes. Mit Recht wurde von allen Rednern des Kongresses nachdrücklich darauf hingewiesen, daß „Vorbeugen wichtiger sei als heilen“, daß es mehr Erfolg verspricht, der Krankheit durch geeignete hygienische Maßnahmen von vornherein entgegenzutreten, als hinterher zu versuchen, therapeutisch ihr zu Leibe zu gehen. Luft und Licht, Reinlichkeit und Diät sind die Faktoren, deren vereintem Wirken es gellingt wird, die furchtbare Geißel des Menschengeschlechts zu vernichten. Reinlichkeit und Sauberkeit im umfassendsten Sinne allein ist im stande, die Umstände zu beseitigen, welche die Tuberkulose begünstigen. Unserm Kaiser, der ein bemerkenswertes Gesicht eigne, Worte zu prägen, die den Kern der Sache treffen, ist es auch diesmal gelungen, das Leitmotiv aller Vorträge auf die einfache Formel zu bringen. Bei dem Empfang äußerte der Monarch sich dahin, daß Väter die beste Prophylaxe seien, und daß die Kräfte sich anlegen sein lassen müßten, den Reinlichkeitsstufen der Bevölkerung zu heben. „Zeise ist die Hauptsache, nur Zeise!“ Zweifelsohne ist damit die Hauptsache, der springende Punkt, getroffen. Der berühmte Chemiker Justus von Liebig hat einmal den Seifenverbrauch als Maßstab für die Kultur eines Volkes bezeichnet; man kann ihn aber, wie es der Kaiser gethan hat, vielleicht noch eher als das Maß für das hygienische Verständnis und demzufolge für den Gesundheitszustand einer Nation ansehen.

Wenn es uns erlaubt ist, einen Augenblick die byzantinischen Maffen des Blattes über eine gelegentliche Scherzäußerung ernst zu nehmen, so wollen wir ihm die folgenden Sätze aus einer Abhandlung Prof. D. Rosenbachs über „Anstehung, Anstehungsfrage und die bakteriologische Schule“ zur Belehrung abdrucken:

„Wenn Sauberkeit und Reinlichkeit auch unzweifelhaft das Zeichen einer höheren Kultur sind, so ist es doch durchaus falsch, zu glauben, daß höchste Sauberkeit und Reinlichkeit genügen, einen Schutz vor Erkrankungen zu gewährleisten und deshalb rückwärts zu erstehen seien. Man wird ja stets als Beweis für den Wert der Reinlichkeit den Umstand anführen, daß die Epidemien hauptsächlich unter der Bevölkerung wüthen, bei der auch die geringsten Ansprüche an Reinlichkeit und Sauberkeit nicht erfüllt werden, bei Menschen also, die gewissermaßen im Schmutze leben. Die Beobachtung ist unzweifelhaft richtig, aber die Schlussfolgerung ist eine vollkommen falsche. Nicht weil die Menschen unsauber oder unreinlich sind, werden sie von Krankheiten ergriffen, sondern weil unter den heutigen Verhältnissen die Reinlichkeit eine um ihrer selbst willen zu üübende Tugend geworden ist, und nur der im Kampfe um's Dasein Schwache nicht Seligenheit hat, diese Tugend zu üben. Nicht weil die Menschen unreinlich sind, werden sie von der Seuche ergriffen, sondern weil sie moralisch oder wirtschaftlich auf so niedriger Stufe stehen, daß sie sich der Sauberkeit nicht befleißigen wollen oder können. Der Beweis, daß Unsauberkeit im heutigen Sinne Krankheiten, abgesehen von Hautkrankheiten, befördert, würde nur erbracht sein, wenn man lange vor der Seuche und während einer Epidemie die Ernährungs- und Lebensverhältnisse der sogenannten untersten Klasse der Bevölkerung möglichst günstig gestaltet, anstatt, wie das jetzt geschieht, bloß zu Zeiten der Epidemie die äußere Sauberkeit und Reinlichkeit der Wohnstätten zu erzwingen.“

Gerade die heutige Bakterienlehre zeigt ja in paradoxer Weise, daß die Unsauberkeit der größte Feind der Krankheiten ist, weil die Keimlinge und Ferkelung die Entwicklung der sogenannten besonderen Krankheitserreger hemmt. Die krankheitserregenden kleinsten Lebewesen werden sofort vernichtet, wenn sich Keimbakterien entwickeln können und sie suchen sich ja deshalb ihren Wohnsitz im lebenden Organismus, der eben, so lange er lebt, nicht der Sitz von Keimbakterien sein kann; die sogenannten pathogenen Bakterien sind die Aristokraten unter den kleinsten Lebewesen. Eine schmutzige und abelziehende Senkgrube ist ja den Kulturmenschen mit Recht sehr unangenehm, aber sie bietet den Krankheits-erregern keinen Entwicklungshoden. Wäre dies der Fall, dann müßten ja unsere Dörfer beständige Brutstätten der Epidemien sein, während doch die Erfahrung lehrt, daß gerade die Städte trotz ihres Strebens nach äußerer Reinlichkeit auch die Hauptstätten der verheerenden Epidemien sind. **Äußere Sauberkeit ercht eben nicht den Mangel an Licht, Luft, Nahrung und ist keine Abwehr gegen die Schädlichkeit gewisser Berufsweige.**

Wahlrechtswähler. Die „Kölnische Zeitung“ empfiehlt für die Reform des Kommunalwahlrechts aus Verger über den jetzigen Entwurf das Pluralstimmrecht, bei welchem nicht nur Vermögen und Einkommen, sondern auch Bildung und sonstige nicht auf dem materiellen Gebiete liegende Momente und Eigenschaften Berücksichtigung finden.

Dazu bemerkt die „Post“: „Unser Parteigenosse, der frühere Abgeordnete Schreiber, hat in einem lehrreichen Aufsatz in der „Deutschen Wochenblatte“, den er nachher zu einer selbständigen Broschüre erweitert hat, den Vorschlag der Einführung eines solchen Pluralstimmrechts für das Reich näher begründet und ausgeführt. Der Gedanke ist durchaus der Erwägung wert, ob, wenn einmal die Zeit zu einer einheitlichen Gestaltung des Wahlrechts im Reich und in Preußen gekommen sein wird, eine solche einheitliche Regelung für beide Teile nicht auf der Grundlage eines zweckmäßigen Pluralstimmens-Systems zu erfolgen haben würde. Jedoch gerade das Gemeinde-Wahlrecht eignet sich am allerwenigsten für die Neueinführung dieses Systems. Es wäre daher verkehrt, den für die Zukunft vielleicht sehr wertvollen Gedanken des Pluralstimmens-Systems durch die ungeeignete Anwendung bei der jetzigen Neuordnung des Gemeindevahlrechts zwecklos abzunutzen.“

Die Herren sind unerfährlich in ihren Plänen der Wahlrechtsreform — eine Maßnahme mehr, den Einfluß der reaktionären Panatier vollends zu brechen, welche der Brutalität des Gewaltbesitzes die politische Alleinherrschaft zu gewinnen suchen.

Die Diebesphantasien der „Post“ werden fortgesetzt, wenn auch recht schwächlich. Das Blatt will nicht von uns verlangt haben, daß wir unseren Diebstahl nachweisen, sondern wir sollen nur zeigen, daß wir nicht gestohlen haben. Wir begnügen uns einstweilen mit der frohen Erwartung, daß die „Post“ unterm Eide bekräftigen wird, daß von uns die Briefe durch einen Einbruch gestohlen worden sind. Wenn die „Post“ einen Diebstahl erfindet, sollen andere Leute sich vom Verdacht des Diebstahls reinigen, das ist in der That eine an Komik nicht zu überbietende Zumutung. Unseren Hinweis auf die brüchige Verortlichkeit der „Post“ sucht das Blatt damit aus der Welt zu schaffen, daß die „jetzige“ Redaktion versichert, sie habe mit jenen schmutzigen Praktiken nichts zu thun gehabt. Wir vermerken, daß demnach, wenn wir die „Post“ an die Briefdiebstahl-Geschichte erinnern, die alsdann „jetzige“ Redaktion abermals erklären wird, sie sei es nicht gewesen, die den Behörden Märchen aufschwängte, um für eine die Verhältnisse in der Schatzmacherei bloßstellende Veröffentlichung Rede zu nehmen — dazu eine Rede nicht aus eigenem Antrieb, sondern auf Kommando eines Brotgebers.

Historisch! In Wforzheim hat der Großherzog von Baden eine Rede gehalten, in der er sagte:

„Die letzte Rede, die wir gehört haben, betrugte sich in dem Gedanken an das Jahr 1870. Der Herr Vorredner hat den Namen genannt, dem wir am meisten heute zu verdanken haben, Kaiser Wilhelm I. Seine Tugenden, es ist nur zu wenig bekannt, was wir ihm alles verdanken. Es wird vielfach versucht, das Verdienst dessen, was geworden ist, anderen zu geben. Er war es und nur er, der

den Gedanken festgehalten und hochgehalten hat nach dem Siege des Heeres, den Gedanken an ein deutsches Reich und einen Deutschen Kaiser. Dies Verdienst Kaiser Wilhelms I. ist es, auf das ich heute Ihre Aufmerksamkeit richten möchte.“

Diese Sätze sind gegen Bismarcks „Gedanken und Erinnerungen“ gerichtet, in denen der Kanzler alle Verdienste um das Deutsche Reich den Hohenzollern aberkennt und sich ausschließlich zu eigenet. In Wahrheit besteht Wilhelms I. Anteil an der Schaffung des Kaiserreichs lediglich darin, daß er so lange dem Gedanken widerstrebt, bis schließlich die Kaiserkrone ihm aufs Haupt genötigt wurde. Etwas mehr „Verdienste“ um das Zustandekommen des nicht sonderlich großartigen Werkes hat schon Bismarck als sein kaiserlicher Herr, obwohl er von Haus einerlei Ansicht mit ihm war; er hat die demokratische deutsche Einheitsbewegung in ein reaktionäres Fließbett abgelenkt, er hat für das „größere Preußen“ gearbeitet, oder genauer für das erweiterte Ostpreußen.

Eine neue landwirtschaftliche Behörde. Das Landesökonomie-Kollegium hatte in seiner diesjährigen Plenarsitzung bei dem Landwirtschaftsminister die Berufung einer ständigen Kommission für die gemeinschaftlichen Angelegenheiten der Landwirtschaftskammern beantragt. Diese Kommission ist nun gebildet und hat in ihrer ersten Sitzung am 28. April beschlossen, unter anderem als ihre Aufgabe zu betrachten:

Durch eine vorbereitende Zusammenstellung des einschlagenden Materials in ihrem Bureau oder in ihren Unterausschüssen den einzelnen Kammern die Bearbeitung der gemeinschaftlichen Angelegenheiten zu erleichtern. Aus den Einzelberichten und Gutachten der einzelnen Kammern Gesammtschlüsse und Gutachten der Gesamtheit der preussischen Landwirtschaftskammern zur Verfügung des Ministers für Landwirtschaft, Domänen und Forsten zu stellen.

Die Kommission bittet den Minister zur Dedung der entstehenden Kosten ihr einen entsprechenden Betrag bewilligen zu wollen. Zum Vorsitzenden dieser ständigen Kommission ist Graf v. Schwerin-Löwisch, zum stellvertretenden Vorsitzenden v. Arnim-Güterberg gewählt worden. Die Agrarier werden mit diesen Vorsitzenden sehr zufrieden sein.

Anarchistisches aus der „Konservativen Korrespondenz“. Das amtliche Organ der konservativen Partei übernimmt uns die Kenntnis der folgenden Bemerkung, die der anarchische „Arme Konrad“ uns widmet, weil wir die Darlegungen des Professor Mendel über den Geisteszustand der Thatpropagandisten zustimmend abgedruckt haben:

„Befagter Professor aber hat vom Anarchismus und den Anarchisten keinen Schimmer — das zeigt sein Vortrag —; augenscheinlich hat er aus der Lektüre des „Vorwärts“ gefolgert: wenn socialdemokratische Redacteurs schon so geisteskrank sind, wie verrückt müssen dann erst die Anarchisten sein, — also nur aus einer richtigen Beobachtung einen falschen Schluß gezogen, ein Malheur, das in der Kunst der deutschen Psychiater nicht eben selten ist.“

Daß der „Arme Konrad“, den wir bisher als harmlosen Schwärmer für Produktionsgenossenschaften einschätzten, sich scheltend zum Worte meldet, wenn ein Psychiater die Thatpropaganda blicken von der Art Luchensis charakterisiert, macht uns den Entschluß leicht, mit der methodischen Seelenruhe des Arztes das uns freundlichst gewidmete Zeugnis der Geisteskrankheit entgegen zu nehmen. Wir möchten um alles in der Welt nicht den „Armen Konrad“ noch mehr reizen; das wäre ein grüßlicher Verstoß gegen die Regeln der Heilkunst.

Ein Denkmal im Herzen des Centrums besitzt Hermann v. Kallindrodt, wie wir kürzlich in einer Jubilarbetrachtung nachgewiesen haben, nicht mehr. Dafür soll er nun ein Denkmal von Stein erhalten. Ein prunkender Stein statt des Wortes lebendig wirkenden Geistes! So wird die Erinnerung an die Lehre und das Wesen des Mannes, der das Gewissen des Centrums genannt wurde, durch eine äußerliche Ehreng — erstickt.

Regelung der Arbeitszeit in Ladengeschäften. Auf der am 28. Mai in Würzburg abgehaltenen Generalversammlung des Verbandes deutscher Eisenwarenhändler kam auch die Regelung der Arbeitszeit und Arbeitsverhältnisse in den Ladengeschäften zur Sprache. Es gelang eine Resolution zur Annahme, welche sich für eine reichsgesetzliche Regelung der Arbeitszeit ausspricht und die Ladenschlußzeit von 9 Uhr abends bis 5 Uhr morgens als angemessen bezeichnet.

Handelsprovisorium mit England. Die Vorlage, die dem Reichstag wegen Verlängerung des handelspolitischen Provisoriums mit England zugegangen ist, verlängert das am 31. Juli v. J. abgelaufene Vertragsverhältnis auf ein weiteres Jahr. Die Hoffnung, daß es bis zum 31. Juli d. J. zum Abschluß eines neuen Handelsvertrages kommen werde, habe sich nicht erfüllt. Die Verhandlungen sind, wie die Begründung sagt, noch immer „in der Schwebe“. Das Provisorium ermächtigt die Regierung, die Einfuhr aus England und den englischen Kolonien auf dem Fuße der Meistbegünstigung zu behandeln. Das heißt: Deutschland wird nur den britischen Kolonien Meistbegünstigung gewähren, die den deutschen Handel nicht zu Gunsten namentlich des englischen differenzieren, — wozu letzteres seitens Kanadas geschieht.

Todesstrafe für Handbettel. Aus Trier wird berichtet: Der Polizeidiener Müller in Waldrach hatte gestern zwei Handwerksburschen wegen Bettelns verhaftet. Am Bahnhofe kegel verjagte ein Arrestant zu entfliehen; als er dem Galtruce des Polizisten nicht Folge leistete, schoß dieser nach ihm. Die Schrotladung traf den Kopf des Unglücklichen und führte seinen sofortigen Tod herbei. Der Polizist befindet sich in Haft. — Aus der Verhaftung des Polizisten geht hervor, daß auch die Behörden die Schierei des Polizeidieners für unzulässig halten. Das weitere bleibt abzuwarten.

„Attentat“ auf einen Prinzen und einen Socialdemokraten! In einer Schauergeschichte wird durch „Görsch Telegraf-Bureau“ die Zerstörung der Fensterheibe eines auf der Fahrt befindlichen Eisenbahnzuges aufbewahrt. Das genannte Bureau meldet aus München vom 25. Mai: „Auf den Schnellzug, in dem sich Prinz Leopold von Bayern befand, wurde zwischen Järes und Westmannsdorf ein Attentat (!!) verübt, indem das Fenster eines Waggons durch einen Schuß (?) oder Steinwurf zertrümmert wurde. Die Untersuchung ist eingeleitet.“

Unerschämter kann wohl kaum die Berichterstattung getrieben werden. Derartige Meldungen werden in die Welt gebracht, die nichts sind als alberne Erfindungen oder böswillige Sensationslügen. Weil in dem Schnellzuge, in dem sich zufällig ein Prinz befand, eine Fensterheibe zertrümmert wurde — man weiß nicht, ob durch die verirrte Angel eines ungeschickten Jägers oder den Steinwurf eines dummen Jungen, so ist das „Attentat“ fertig.

Man thut so, als ob noch nie und nirgendwo auf ähnliche Weise ein Coupfenster zertrümmert worden wäre. Dem gegenüber sind wir so „glücklich“, berichten zu können, daß ein ähnliches „Attentat“ auf einen — man höre und staune — socialdemokratischen Reichstags-Abgeordneten ausgeübt wurde. Unser Parteigenosse Zukauer verließ am 20. Mai mit dem um 7 Uhr 40 Minuten vom Anhalter Bahnhofe abgehenden Frankfurter Schnellzuge Berlin. Auf der Strecke zwischen Gotha und Eisenach wurde plötzlich, als der Zug in voller Fahrt dahinjagte, durch einen Steinwurf das Coupfenster zertrümmert und ein etwa acht Centimeter langer Stein und die Trümmer der Fensterheibe lagen tragend zu Füßen unseres Genossen. Außer der zertrümmerten Fensterheibe ist kein weiterer Schaden durch dieses „Attentat“ angerichtet worden, obwohl die Glassplitter der zerbrochenen Scheibe zweien am Fenster stehenden Mitreisenden ins Gesicht flogen.

Die Reisegesellschaft setzte auch nach diesem „Attentat“ die Reise in heiterer Stimmung fort, Genosse Zukauer aber giebt sich seitdem die erdenkliche Mühe, sich davon zu überzeugen, daß irgend eine Kreatur der Scharfmacher ihm jenes erschreckliche Attentat zugebracht habe!

zu entledigen; das Bordereau bilde die Hauptfrage des Prozesses. Manau schildert darauf den Tatbestand ähnlich wie Vallot-Beaupré. Daraus legt Manau dar, daß das Bordereau in Wirklichkeit aus dem August herrühre und nicht aus dem April oder Mai, wie man anfänglich annahm. Das neue Datum bilde unstreitig ein neues Datum, durch das noch überdies weitere neue Thatsachen geschaffen würden. Manau bezeichnet die Expertise Vertillons als unbegreiflich, bespricht die übrigen Gutachten und führt auf Grund derselben aus, daß das Bordereau von Esterhazy herrühre. Es sei höchst seltsam, daß der Generalstab Esterhazy schützte.

Um 5 Uhr wird die Sitzung ohne Zwischenfall aufgehoben. Manau wird seine Rede morgen fortsetzen.

Paris, 30. Mai. (Privatdepesche des „Vorwärts“) Vallot Beauzré spricht zum Schluß seines Plaidoyers die Ueberzeugung aus, daß Drehfus unschuldig sei. Nicht er, sondern Esterhazy habe das Bordereau verfaßt. Dem Gerichtshof von 1894 sei nicht bekannt gewesen, daß das Bordereau von Esterhazy geschrieben worden, und das sei eine neue Thatsache, welche die Wiederaufnahme rechtfertige. Dagegen verweist er juristisch alle neueren Thatsachen, auch die Fälschung Henrys. Schließt sich der Kassationshof diesen Gründen an, dann dürfte wohl die Freisprechung Drehfus' gesichert, aber auch die Straflosigkeit der Fälscher erleichtert sein.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Zur Lohnbewegung der Steinseher. Auch heute ist noch über einige weitere Bewilligungen zu berichten, und zwar sind dies die Steinsehermeister Schnell-Steigly, Reundorf-Charlottenburg und Seggidi-Röpenitz. Die Zahl der Firmen, welche bewilligen, beläuft sich nunmehr schon auf 14, d. h. ein Fünftel sämtlicher überhaupt in Betracht kommenden Geschäfte. Wie es der Berliner Steinseherinnung und den mit ihr verbündeten drei Nichtinnungsfirmen gegenüber dieser Thatsache möglich sein wird, ihren ablehnenden Standpunkt auch weiterhin zu behaupten, darauf darf man einigermassen gespannt sein.

Es sprechen übrigens verschiedene Thatsachen dafür, daß viele, die den Innungsbeschlüssen unterworfen sind, ihn nicht sonderlich ernst nehmen, ihnen kam es nur darauf an, einen „Schredschuß“ abzugeben. Verschiedene Herren waren sehr überrascht, als ihnen am Montag in aller Frühe von ihren Arbeitsführern mitgeteilt wurde, welche Wirkung sie mit ihrem Schredschuß erzielt hatten. Es ist deshalb auch wohl zu erwarten, daß die Herren die ihnen von den Arbeitern sofort gebotene Gelegenheit, durch eine Einigung vor dem Gewerbegericht sich mit Anstand aus der Affaire zu ziehen, benutzen werden.

Die Zahl der Streikenden betrug 420. Diese Zahl dürfte sich aber noch etwas erhöhen. Die Firmen, welche bewilligt haben, beschäftigen über 200 Steinseher. Nur bei einigen Meistern ist die Arbeit nicht eingestellt. Charakteristisch in diesem Kampfe ist, daß gerade diejenigen Meister am meisten gegen eine Einigung sind, die überhaupt keine oder nur wenig Leute beschäftigen.

Die zu den neuen Bedingungen arbeitenden Steinseher werden darauf aufmerksam gemacht, daß sie nunmehr pro Woche 3 Mark zur Unterstützung für die Streikenden zu zahlen haben.

Die Lohnkommission.

Deutsches Reich.

Das Harburger Gewerkschaftsgericht wurde in der Schöffengerichts-Sitzung vom 29. Mai für einen Verein erklärt und der Vorsitzende des Kartells zu 20 M. Geldstrafe verurteilt, weil er Status und Mitgliederliste nicht eingereicht hatte. Das Gericht kam auf Grund bisheriger Entscheidungen zu dem Resultat, daß das Kartell eine dauernde Vereinigung sei, die sich zweifellos mit öffentlichen Angelegenheiten beschäftige und demgemäß als Verein anzusehen sei. Als eine Vereinigung von Vereinen könne es nach preussischem Recht nicht gelten.

Infolge des Maurerstreiks in Augsburg wurde dort der Maurer Georg Wehringer vom Schöffengericht auf Grund von § 153 der Gewerbe-Ordnung zu 1 1/2 Monaten Gefängnis verurteilt. Er soll einen Arbeitswilligen beschimpft und angepöbel haben. Außerdem soll er sich gegen einen böhmischen Maurer der Rötigung schuldig gemacht haben, weshalb er sich noch vor der Strafkammer wird verantworten müssen. — Ferner wurde der Maurer Haberl zu 5 M. Geldstrafe verurteilt, weil er für den Maurerstreik Geld gesammelt hatte. Die gesammelten 9 M. wurden überdies konfisziert.

Der Streik im lothringischen Saarrevier. Daß auf den Wendigen Werken in Lothringen der Streik wieder ausgebrochen, kann eigentlich nicht überraschen, wenn man die Lage der Bergarbeiter daselbst kennt. Die Schichtzeit unter Tage dauert dort von 6 Uhr früh bis 4 1/2 Uhr nachmittags; dann müssen sich die Leute noch über Tags das Holz zum Bauen herbeibringen und zurecht schneiden; da nun auf der Grube Spittel dazu nur eine Säge vorhanden, nimmt diese Arbeit manchmal noch zwei Stunden in Anspruch. Früh um 8 Uhr laufen die Leute schon wieder zum Schacht, um sich ihr Bauholz zu sichern, und um 1/8 Uhr muß der erste Hund Kohlen gefördert werden, sonst giebt's bis 4 M. Strafe. Löhne werden durchschnittlich gezahlt für Hauer 3,20 M., Lehrhauer 3 M. und Schlepper 2 M. Die Gesellschaft selbst hat 20 Proz. Dividende verteilt. Die Behandlung durch die Beamten ist grob und rücksichtslos. Ueber die Knappschäftsverhältnisse sind die Leute nicht unterrichtet, denn sie haben kein Statut in Händen. Ebenso ist weder ein Krankenwagen noch ein Krankenhaus vorhanden. Wenn die Verletzten manchmal über Tage noch 3—4 Stunden haben auf den Arzt warten müssen, fährt man sie auf irgend einen Wehikel nach ihrer Wohnung.

Welche Behandlung die Arbeiter von der Direktion zu ertragen haben, dafür liefert das Verhalten des Direktors der Spittel-Saarlöcher Werke gegenüber dem Pfarrer Sebastian einen deutlichen Beweis. Der Pfarrer hatte sich bei dem Direktor für die Streikenden verwendet und berichtete im Anschluß über die Verhandlungen von Jugendständen der Direktion. Dafür wurde ihm dann vom Direktor Godin der wenig schmeichelhafte Vorwurf der Unwahrhaftigkeit zu teil. Man kann sich denken, daß in dieser gut katholischen Gegend die Verleumdung des Pfarrers ungeheure Entzündung hervorrief und die Auskisten zur Verleugung des Streiks damit vermindert wurden. Am Sonnabend wurde in einer gut besuchten Versammlung heftiger Protest gegen diese Verleumdung erhoben. Man kann sich aber einen Begriff machen, mit welchen Intimationen wohl die Arbeiter bedacht werden, wenn schon der Pfarrer solchen Inulten ausgesetzt ist. In der Versammlung befürwortete der Bürgermeister Voller die Aufnahme der Arbeit und gab folgende Bedingungen der Gesellschaft bekannt:

Die Direktion verzichtet auf jede Maßregelung. Ein Mindestlohn von 4 M. kann nicht bewilligt werden. Falls jedoch eine Kameradschaft im Grubenfeld 4 M. nicht erreicht, dann soll die Arbeit untersucht werden daraufhin, ob die Arbeiter oder das Geding an dem schlechten Verdienst schuld sind. Ist letzteres der Fall, so soll der Tagelohn auf 4 M. ergänzt werden. Zugewandert ist weiter ein aus 15 Mann bestehender Arbeiterauschuß, dem der Ingenieur beigegeben wird. Die Schichtdauer wird 1/8 mit der Aufsicht, die Aufsicht 3 Uhr beginnen. Das wäre mit Einfahrt und ohne Aufsicht eine 9 1/2 stündige Schicht. Bisher betrug die Arbeitszeit 10 1/2 Stunden, heute wird sie also um eine Stunde herabgesetzt. Eine Aufnahme der Arbeit wurde nicht durchgesetzt, man beschloß vielmehr, aufs neue Verhandlungen anzuknüpfen.

Verantwortlicher Redacteur: August Jacobey in Berlin. Für den Inzeratenteil verantwortlich: Th. Glöde in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin. Hierzu 1 Beilage u. Unterhaltungsblatt.

Ausland.

Der Ausstand der Brünnner Textilarbeiter hat sich auf vier weitere Fabriken in den bei Brünn gelegenen Ortsteilen ausgedehnt und kommen hierbei 1500 Arbeiter und Arbeiterinnen in Betracht. Die Fabriken sind Filialen der Brünnner Fabrikanten, die nun plötzlich ihren ganzen Betrieb einstellen müssen. Die Streikenden verprechen sich von diesen Maßnahmen guten Erfolg, da nunmehr die Fabrikanten die Arbeitseinstellung noch unangenehmer empfinden werden. Unter den Streikenden ist eine überaus günstige Stimmung vorhanden, die der geschlossenen Weiterführung des Kampfes gut zu stehen kommt. Erfreulicherweise haben sich nunmehr auch die Gemeindevorstände von Wilowitz und Latein beschloffen, die Sorge um die Verpflegung der Streikenden zu übernehmen. Es wurde ein Modus ausfindig gemacht, bei dem der Lebensunterhalt der Streikenden für die ganze Dauer des Ausstandes sichergestellt ist.

Brünn, 30. Mai. (W. T. B.) Heute fand hier eine Versammlung der Wollwarenfabrikanten statt. Es wurde beschloffen, weiter einig gegen die Forderungen der Arbeiter zusammenzutreten. Es verlautet, daß für die nächste Zeit die Schließung zweier Fabriken mit 1000 Arbeitern bevorstehe.

Die Ausperrung der schwedischen Arbeiter in Sägemühlen und Holzbearbeitungs-Anstalten wird von dem Unternehmerverein in rücksichtsloser Weise weiter betrieben. Verhandlungen, die vor kurzem wieder von den Unternehmern eingeleitet waren, verliefen resultatlos, obwohl die Arbeiter großes Entgegenkommen zeigten. Die Arbeiter verlangten freies Koalitionsrecht und Einstellung der entlassenen Arbeiter. Dagegen war man bereit, das Zugeständnis zu machen, daß Lohnforderungen nur von den Arbeitern des Betriebes an den betreffenden Unternehmer gestellt werden dürfen. Der Verband bedingt sich nur aus, diese Forderungen vorher zu prüfen. Zum Schutze unberechtigter Forderungen sollte ein Schiedsgericht eingesetzt werden, das unter der Leitung eines unparteiischen Vorsitzenden von beiden Seiten gleiche Vertretung anzuweisen sollte. Dieses Anerbieten wurde zurückgewiesen, und forderten die Unternehmer, daß die Arbeiter aus dem Verband austreten sollen, oder die den Beschluß, betreffend die Angliederung an die socialdemokratische Landesorganisation, aufhebe. Man wollte dann den Arbeitern ausdrücklich gestatten, lokale Vereine zu gründen. Natürlich wiesen auch die Arbeiter diese Zumutung zurück und so haben nun die Unternehmer beschloffen, alle Fabrikanten der Holzbranche, die ihre Arbeiter nicht ausperrten, zu boykottieren.

Französische Streiks im April. Das Arbeitsamt verzeichnete im April 35 Streiks mit 6025 Teilnehmern gegen 30 Streiks mit 2351 Teilnehmern im gleichen Monat des Vorjahres. Die durchschnittliche Zahl der April-Streiks in den letzten fünf Jahren beträgt 46. Von den 35 Konflikten erstreckten sich 8 auf mehr als einen Betrieb. Die Zahl der Streikenden ist übrigens vom Arbeitsamt sehr bedeutend vermindert worden, da für den Ende April ausgebrochenen Maurer- und Erdarbeiterstreik in Marseille nur 2000 Teilnehmer angegeben sind, anstatt der wirklichen, nach wenigen Tagen auf 7 bis 10 000 angewachsenen Zahl. — Ursachen der Streiks: 29 mal Lohnforderungen, darunter 24 Angriffstreiks, 5 mal Kampf um Verfüzung der Arbeitszeit und andere damit verbundene Forderungen. In der Textilindustrie gab es 15, in der Metallindustrie 8, in der Bau-Industrie 6 Konflikte, die übrigen 6 entfallen auf ebenso viele Berufe, darunter einer auf landwirtschaftliche Arbeiter. Ausgang der Streiks (25 im April und 8 vorher begonnene): 8 Erfolge, 3 Ausgleiche und 17 Mißerfolge.

Unternehmer-Verbände.

Die Standard Oil Company. Der Generalanwalt des Staates Ohio, in welchem die Standard Oil Company inorporiert ist, hat der mit der Untersuchung der Trusts beauftragten Kommission in Washington einige Aufschlüsse über den Petroleumtrust gegeben. Er sagte, daß die zu dem Trust gehörenden Gesellschaften in Ohio über alles gebieten, was der Trust gebrauche, über die Produktion, den Transport, die Raffinerie und die Ablieferung des Petroleum. Der Trust habe sogar sein eigenes Telegraphensystem und wo er fremde Telegraphen benutze, da genieße er große Vergünstigungen. Die Eisenbahnen befördern das Petroleum um 400 Proz. billiger, als alle anderen Güter. Da der Trust den Verkaufspreis des Petroleum nach Belieben feststellen kann, kann er auch beliebig hohe Dividenden zahlen. Der Verwaltungsrat besitzt 466 280 Aktien von den 700 000 des Trust, während der Präsident denselben, John D. Rockefeller, davon allein soviel besitzt, daß sein Wille ausschlaggebend ist. Die Anlagen des Trust waren ursprünglich 97 200 000 Dollars wert, jetzt aber muß diese Zahl mit fünf multipliziert werden. Nach Ansicht des Ohioer Generalanwalts, der bisher vergebens die Gerichte des Staates gegen die Standard Oil Co. angetufen hat, müßte der Hebel bei den Eisenbahnen angelegt werden. Man solle letzteren ihren Freibrief nehmen, wenn sie nicht aufhören, dem Trust billigere Frachttarife zu gewähren. Die Brutto-Einnahmen des Trust belaufen sich für Ohio Petroleum allein auf 120 000 000 Dollars jährlich und alles, was über 4 Cents die Gallone eingenommen wird, ist Reingewinn für den Trust, dessen jährlicher Reinertrag den Wert sämtlicher landwirtschaftlichen Produkte des Staates übersteigt. Auf Verprechung der von ihm erhobenen Anklage, daß der Trust durch Verflechtung eine Untersuchung zu verhindern versucht habe, wollte der Generalanwalt nicht näher eingehen, weil diese Angelegenheit gegenwärtig das Staats-Obergericht beschäftigt.

Sociales.

Wohnungselend der Brünnner Weber. In der Wiener Arbeiterzeitung wird eine kleine Untersuchung über die Wohnungsverhältnisse der Weber in Brünn bezw. den umliegenden Arbeiterdörfern veröffentlicht, die angesichts des großen Kampfes der dortigen Weber um eine kleine Verbesserung ihrer elenden Lage sehr wertvoll ist. Zeigt sie doch klar, in welchen jämmerlichen Verhältnissen diese Proletarier leben und wie berechtigt ihre geringen Forderungen sind. Wie es in den Industriezentren meist der Fall, wohnen die Textilarbeiter in vielen Dörfern der Umgegend weit verstreut; zum Teil gehen sie früh und abends den weiten Weg nach und von der Arbeitsstätte zurück, zum Teil bleiben sie die Woche über in Brünn, wo sie in Schlafstellen hausen, und gehen nur über den Sonntag nach Hause. Die Wohnungen, die der Richterthaler der „W. Arb.-Ztg.“ untersucht und genau ausgemessen hat, müssen danach ganz erbärmliche Löcher sein, die den Namen Wohnung gar nicht mehr verdienen. Es sind darunter solche, die nicht höher wie 1,70 Meter sind, so daß also ein großer Mann mit dem Kopfe an die Decke stößt. Die höchsten Zimmer, die er fand, waren 3,20 Meter. Die Wohnungen bestehen nur aus einem bis zwei Räumen, oft nicht einmal geheizt, sondern nur mit Lehmfußboden versehen und mit kleinen Fenstern, manchmal gar nur indirektes Licht. Eine der besten Wohnungen ist folgende: Ein Zimmer, 5 Meter lang, 3,58 Meter breit, 2,40 Meter hoch, die Küche 2 x 2 Meter Fläche, 2,40 Meter hoch. Es wohnen darin ein Weber mit Frau und zwei Kindern, sowie einem Schloßburschen. Der Weber verdient 5 bis 6 fl. wöchentlich und zahlt monatlich 4 1/2 fl. (7,50 M.) für die Wohnung. Eine andere Wohnung besteht nur aus einem Raume; 5,50 x 3 Meter Fläche, 2,50 hoch, Mann, Frau und fünf Kinder. Der Mann wegen Tuberkulose arbeitsunfähig, die Frau verdient 4 bis 5 fl. wöchentlich, die Wohnung kostet 4 fl. monatlich. In dieser Wohnung kommen also auf die Person noch nicht 6 Kubikmeter Luftraum, während in den deutschen Kasernen auf den Kopf 17 Kubikmeter Schlafraum gerechnet werden. In einem Raume mit Ziegelboden und kleinem Fenster, 3,50 x 3,10 x 2 Meter (keine Küche) wohnen 8 Personen, sie kostet monatlich 2 fl.; der Mann und eine Tochter verdienen zusammen 7 bis 8 fl. wöchentlich. In Brünn selbst besuchte der Richterthaler gleichfalls Wohnungen. Eine Wohnung, die ehemals als Stall diente, besteht aus einem dunklen,

feuchten Zimmer und ebensolcher Küche. Sie kostet 6 fl. und wird von zwei aus 10 Personen bestehenden Familien bewohnt. In einem zweistöckigen Hühnerhaus wohnen 51 Parteien. In einem Zimmer (4,80, 3,30, 2,20) mit Küche (4, 1,90, 2,20) wohnen eine alle Frau, ein Weber mit seiner Geliebten, sieben Maurer. Durch die Wohnung muß eine andere Partei durchgehen, die ein Zimmer mit acht Bettgebern bewohnt. Hier sind drei Betten, in denen sechs Personen schlafen. Die anderen schlafen auf der Erde. Die Maurer zahlen 30 Kr. wöchentlich, der Weber, der als Appreturarbeiter 4 Gulden 60 Kr. wöchentlich verdient, mit seiner Geliebten 3 Gulden monatlich.

Wer wird es angesichts solcher Zustände wagen, den Streik dieser Textilarbeiter für unberechtigt zu erklären!

Freispruch.

Wegen Verleumdung des Richterkollegiums der 2. Strafkammer des Landgerichts II hatte sich gestern unser verantwortlicher Redacteur August Jacobey vor der vierten Strafkammer des Landgerichts II zu verantworten. Der Anklage lag eine Kritik zu Grunde, welche am 2. Dezember v. J. im „Vorwärts“ über eine Verhandlung veröffentlicht worden war, bei der das vorgenannte Richterkollegium beteiligt war. Die dritte Strafkammer des Landgerichts I hatte es ursprünglich abgelehnt, das Verfahren gegen Jacobey zu eröffnen, auf die vom Staatsanwalt eingeleitete Beschwerde wurde indessen vom Kammergericht im entgegengelegten Sinne entschieden.

In dem beanstandeten Artikel war folgender Fall mitgeteilt: Der Maurer Gahn war der Verleumdung und der verübten Nötigung beschuldigt. Der Belastungszeuge, Maurer Schulz, welcher in der Verhandlung sofort verurteilt wurde, behauptete, daß er nach Beginn einer Arbeit von dem Angeklagten gedrängt worden sei, dem Centralverband beizutreten, und als er sich ablehnend verhielt, habe Gahn gesagt: „Wenn Du nicht beitriffst, giebt es was herauf!“ Der Vorsitzende habe gefragt: „Welchen Zweck hat der Verband?“ worauf der Zeuge entgegnet habe: „Gar keinen, als den Leuten das Geld aus der Tasche zu ziehen.“ Diese Bemerkung habe bei einem Teil des Richterkollegiums ein Lachen hervorgerufen. Hieran wurden eine Reihe weiterer Bemerkungen geknüpft, in denen die Anklagebehörde den Vorwurf der Parteilichkeit gegen das betreffende Richterkollegium fand. Der Angeklagte bestritt, daß in dem Artikel etwas Verleidendes enthalten sei. Er weigerte sich, den Verfasser zu nennen und verweigerte ebenfalls die vom Vorsitzenden, Landgerichtsdirektor Denso, an ihn gerichtete Frage zu beantworten, ob Rechtsanwalt Herzfeld der Verfasser sei.

Es wurden sämtliche Richter vernommen, welche an der Verhandlung teilgenommen haben. Die Zeugen gaben zu, daß möglicherweise die erwähnte Antwort des Zeugen Schulz Heiterkeit bei ihnen hervorgerufen habe, aber mit Entschiedenheit müßten sie sich gegen den Vorwurf verwahren, daß sie nicht vorurteilfrei ihres Amtes gewaltet hätten.

Zeuge Rechtsanwalt Herzfeld bezeugte, daß der Inhalt des Artikels auf seinen Angaben beruhe und daß er die darin mitgeteilten Thatsachen im vollen Umfange aufrecht halte. Der Zeuge Dr. Herzfeld wurde deshalb nicht verurteilt.

Der letzte Zeuge, Rechtsanwalt Heine, bezeugte, daß er nur über den Landgerichtsrat Neumann zu urteilen vermöge. Derselbe habe ihm die Gesplogeneit, bei der Vernehmung von Zeugen zu lächeln und wenn er (Heine) auch nicht den geringsten Grund zu der Annahme habe, daß die Unparteilichkeit des Landgerichtsrats Neumann anzuzweifeln sei, so könne es doch sein, daß Leute, die den Herrn nicht kennen, auf andere Gedanken kämen.

Staatsanwalt Blätsche führte aus, daß der ganze Artikel und insbesondere die Ueberschrift und der Schluß beleidigender Natur seien. Als einziger Widerungsgrund stehe dem Angeklagten der Umstand zur Seite, daß der Rechtsanwalt Dr. Herzfeld der geistige Urheber des Artikels sei. Es sei endlich Zeit, den Angeklagten, der vielfach vorbestraft sei, mit einer Freiheitsstrafe zu belegen. Er beantrage gegen den Angeklagten eine Gefängnisstrafe von 4 Monaten.

Der Verteidiger des Angeklagten, Rechtsanwalt Heinemann, erhob gegen die Zulässigkeit des Verfahrens Bedenken formaler und juristischer Natur. Im übrigen hob der Verteidiger hervor, daß, wenn ein Gericht in dem Artikel nichts Verleidendes zu finden vermöchte und deshalb die Eröffnung des Verfahrens abgelehnt hat, gewiß nicht dem Angeklagten zur Last gelegt werden könne, daß er das Bewußtsein der Ehrverletzung gehabt habe. Der Angeklagte dürfe nicht 4 Monate dafür ins Gefängnis gesteckt werden, daß er einem Artikel Aufnahme in die Zeitung gewährt hat, in dem auch nach Ansicht eines Gerichtes Strafbares nicht liege. Der Angeklagte könne nicht andere und richtigere Rechtsansichten als ein Gericht haben. Weiter hielt der Verteidiger den Wahrheitsbeweis für erbracht und begründete hierauf in längeren Ausführungen seinen Antrag auf Freisprechung, die übrigens erfolgen müsse, gleichviel ob der Inhalt des Artikels wahr oder nicht wahr sei. Denn in dem Artikel sei nichts gesagt, was irgendwie geeignet sei, die betreffenden fünf Richter herabzusetzen.

Der Angeklagte erklärte, daß für den Gerichtshof wohl keine Veranlassung vorliege, dem Staatsanwalt darin zu folgen, ihn (Angeklagten) unter allen Umständen mit einer Freiheitsstrafe zu belegen. Seine Vorstrafen, die er in seiner Eigenschaft als Redacteur wegen Freivergehen erlitten habe, kämen gar nicht in Betracht. Schon bei einer früheren Gelegenheit habe der Herr Staatsanwalt offen erklärt, daß er bei Anklagen gegen den „Vorwärts“ in der Regel Freiheitsstrafe beantragen werde. Er habe nicht zu unterliegen, ob die Ansicht des Herrn Staatsanwalts, daß das Gefängnis der geeignete Ort sei, wo Redactoren über angebliche Straftaten nachdenken können, richtig sei. In der Sache selbst schließe er sich lediglich den Ausführungen seines Verteidigers an.

Der Gerichtshof kam zu einem freisprechenden Erkenntnis und zwar aus thatsächlichen Gründen. Es sei erwiesen, daß in dem Richterkollegium bei der Antwort des Zeugen Gelaht worden sei und wenn auch angenommen werden müsse, daß dies unwillkürlich und keineswegs in der Absicht geschehen sei, die Partei, der der Angeklagte angehörte, herabzusetzen, so könne doch nicht verkehrt werden, daß dieser Eindruck möglicherweise hervorgerufen werden konnte. Eine Verleumdung sei deshalb in dem beanstandeten Artikel nicht zu erblicken.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Déroulède-Prozess.

Die Sitzung wird mittags eröffnet. Déroulède wird beim Eintritt in den Saal mit Ausrufen: „Es lebe Déroulède!“ empfangen. Déroulède erklärt, er wolle keineswegs eine Dynastie, sondern eine plebiszitäre Republik. Die als Zeugen vernommenen Generale Hervés, Lannes, Barrés und Lamaitre haben den Patriotismus Déroulèdes hervor. Beaurepaire tadelt die Haltung Loubets in der Panama-Angelegenheit und giebt dann einen Rückblick auf die Geschichte derselben, spendet Déroulède und Habert lebhaftes Lob. Es folgt die Vernehmung einer Anzahl weiterer Zeugen, die sich günstig für Déroulède aussprechen. Um 4 Uhr wird die Sitzung vertagt.

Mann, 30. Mai. (W. T. B.) Auf Grund des Artikels in Nr. 121 des „Manninger Journal“ ist das Disziplinarverfahren gegen Kübler wiederaufgenommen.

Seltingers, 30. Mai. (W. T. B.) Die außerordentliche Session des sächsischen Landtages ist heute durch den Generalgouverneur, welcher die betreffende kaiserliche Verfügung verlas, geschlossen worden.

Hierzu 1 Beilage u. Unterhaltungsblatt.

Lokales.

Ob katholisch getauft oder protestantisch getauft? — In der Stellung zur Prägelpädagogik scheinen die Frommen beider Richtungen ein Herz und eine Seele zu sein. In der Kreisnieder Friedrichswerder brachte Eyn. Rechtsanwalt Marggraf die Vorgänge in dem St. Josefs-Waisenhaus zu Potsdam zur Sprache. Nach den Zeitungsberichten seien Versuche gemacht worden, den Vormund des mißhandelten Knaben zu veranlassen, den Strafantrag gegen die Schwester Karola zurückzunehmen. Derartige Einflüsse sollen auch seitens des Pfarrers Krummacker von der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche geltend gemacht und von diesem dem Vormunde sogar 300 M. für die Zurücknahme des Strafantrags geboten worden sein. Er würde dies für bedauerlich halten und fragte den Pastor Krummacker, ob die Zeitungsberichte richtig sind. — Synodale Krummacker: Er habe eine offizielle Verichtigung der falschen Darstellungen seines Verhaltens unterlassen, weil er kein Freund davon sei. Zur Sache selbst bemerke er, er kenne das St. Josefs-Krankenhaus, da er durch sein früheres Amt als Seelsorger veranlaßt war, dort untergebrachte evangelische Kinder zu besuchen. Auf Grund dieser Beziehungen habe sich der Vorstand mit der Bitte an ihn gewandt, den Vormund des Knaben zur Zurücknahme des Strafantrags zu bewegen. Er sei dieser Bitte nachgekommen, da nach der Versicherung des Vorstandes es sich um eine maßvolle Bestrafung eines verlogenen Knaben handelte und er aus eigener Anschauung wußte, daß die Kinder im St. Josefs-Stifte aufs Beste aufgehoben seien. Er habe den Vormund aufgefordert, verständlich zu sein und auf den ihm angebotenen Vergleich einzugehen. Daß er dem Vormunde für Juristengebühren des Strafantrages 300 M. geboten, sei selbstverständlich un wahr. Die Angelegenheit war hierdurch erledigt.

In der Angelegenheit wird sich, soweit die Angelegenheit der 300 M. in Rede steht, wahrscheinlich wohl noch der Vormund äußern. Die Ansichten aber, die der Pastor Krummacker über die Mißhandlungsaffäre an sich zum besten gab, läßt erkennen, wie notwendig es ist, daß die Stadtgemeinde allen für sie in Betracht kommenden frommen Erziehungsanstalten scharf auf die Finger sehe. Die Richtung des religiösen Bekenntnisses spielt da gar keine Rolle.

Von der Geschäftsführung im evangelischen Arbeiterverein. In Nr. 120 veröffentlichten wir ein Schreiben, das der Schriftführer der Gruppe Norden I vom Evangelischen Arbeiterverein, ein Herr Paul Neumann, an den Geschäftsleiter einer hiesigen großen Fabrik gerichtet hatte. Das Dokument strotzte von Ausdrücken tiefer Demut gegenüber dem Vertreter des Unternehmertums. In dieser Angelegenheit erhalten wir jetzt eine Zuschrift, die von einem Herrn W. Gröbel im Auftrage der Gruppe Süd des Evangelischen Arbeitervereins unterzeichnet ist. Es wird in der Einleitung dem „Vorwärts“ recht darin gegeben, daß der Ton, den der Schriftführer Neumann in dem von uns abgedruckten Schreiben angewendet hat, jervoll sei und entschieden zurückgewiesen werden müsse.

Dann wird dem Schriftführer Neumann noch nachgesagt, daß er „bis vor kurzem in den Reihen ihrer Genossen eine nicht unbedeutende Rolle gespielt hat“, worauf es wörtlich weiter heißt:

„In der kurzen Zeit, in der der Unterzeichner in unseren Reihen steht, ist ihm offenbar der Geist und Ton, der bei uns heimisch ist, noch nicht ganz zu eigen geworden. Wir nehmen an, daß die Ariercherei, von welchen besagtes Schriftstück durchgezogen ist, Ueberbleibsel nur aus jener Zeit sind, wo die Untertänigkeit unter gewissen Parteigrößen als Kardinaltugend gefordert wird, und viele nur unter den veränderten Verhältnissen in dem veröffentlichten Schriftstück wieder zum Durchbruch kommt.“

Wie die Erklärung des Herrn Neumann, der uns trotz der ihm angedichteten „nicht unbedeutenden Rolle“ völlig unbekannt ist, jeden selbständig denkenden Arbeiter mit Widerwillen erfüllen dürfte, so wird das Geschriebene des Herrn Gröbel alle noch auf Ehre und Gesittung haltenden Elemente im Evangelischen Arbeiterverein vollends empören müssen. Wir hängen diese Unaufrichtigkeit einfach niedriger und überlassen sie der Verachtung nicht allein unserer Parteigenossen, sondern auch der auf Anstand haltenden Personen in dem Verein.

Der Ausschuss der Stadtverordneten-Versammlung zur Vorberatung der Magistratsvorlage, betreffend die Festsetzung von Straßenspaltlinien für eine neue Straße 15a in Abteilung VII des Bebauungsplans zwischen der Straße Al-Moabit und dem Helgoländer Ufer in Verlängerung der Wilsnaderstraße — auf dem ehemaligen Vorflut-Terrain — sowie den Verkauf von Trennstücken Gde Al-Moabit und Helgoländer Ufer, hat beschlossen, der Versammlung zu empfehlen, dem Antrage des Magistrats mit einigen geringfügigen Änderungen zuzustimmen.

Das Polizeipräsidium hat dem Vorhaben der Gemeindebehörden, die Fluchtlinie auf der Westseite der Straße Siegestraße in nördlicher Richtung bis zur Normal-Merlinie der Spree zu verlängern, die polizeiliche Zustimmung erteilt.

Zu den zahlreichen Unglücksfällen, die durch den Betrieb der elektrischen Straßenbahn verursacht werden, schreibt uns ein Leser: Ist auch das die Straßenbahn benutzende Publikum in den meisten Fällen selber an den Unglücksfällen schuld, indem es während der Fahrt auf- und abspringt, so müssen doch von der Direktion Vorkehrungen getroffen werden, die diesem Leichtsinn einen Damm setzen, denn die bloße Warnungstafel im Innern des Wagens genügt absolut nicht. Es würde diesen Unarten vorgebeugt werden, wenn an der Einsteigeseite eine Barriere gezogen würde, vielleicht in Gestalt einer Kette, die von dem Konduktur nach Bedarf an den Haltestellen aus- und eingehakt werden kann. Selbstverständlich müßte der Vorderpertron vollständig geschlossen bleiben und das Publikum seinen Weg durch den Wagen nach dort nehmen. Durch diese Maßregel würde dem Publikum die Gelegenheit zum Auf- und Abspringen während der Fahrt genommen sein.

Unter dem Verdacht, an der Ermordung der Prostituierten Bertha Singer in Berlin beteiligt gewesen zu sein, wurde vor etwa drei Wochen in Krimmischau (Sachsen) der Kupfergießmeister Johannes Mische in Haft genommen. M. hatte längere Zeit in Berlin gelebt, unter anderem auch zur Zeit der Mordthat, und war in hiesigen Zuhälterkreisen wegen seiner Leibesfülle unter dem Namen „der dicke Hans“ bekannt. Sofort nach seiner Festnahme wurde der Verdächtige im Krimmischauer Gefängnis photographiert und es wurden mehrere Abzüge der Bilder an das Berliner Polizeipräsidium gesandt. Hier sind die Photographien einer ganzen Reihe von Zeugen vorgelegt worden, welche indessen befunden, daß der auf dem Bilde dargestellte M. zu der Singer niemals in Beziehungen gestanden habe. Infolge dessen wurde M. wieder auf freien Fuß gesetzt. Er wird sich nunmehr nur noch wegen Falschspiels vor den Hamburger Gerichten zu verantworten haben.

Auf dem Tempelhofer Felde wurde gestern die übliche Frühjahrsparade abgehalten. Außer der Störung des Straßenverkehrs ist bei der Gelegenheit nichts Erwähnenswertes passiert.

Die dunkle Geschichte mit dem 78 000 Mark-Geldbrief ist nun endlich aufgeklärt. Der Postvolontär Herzig hat dem Untersuchungsrichter gestanden, daß der von ihm an die Dresdener Bank in Berlin abgegebene Wertbrief überhaupt kein Geld enthalten habe, und daß die Geschichte mit einem Vorterragewinn von 100 000 Mark erfunden sei. Gegen den „findigen“ jungen Mann wird nunmehr ein Strafverfahren wegen versuchten Betruges eingeleitet werden.

Bei seiner Rückkehr verhaftet wurde der 17-jährige Handlungslerning Fritz Haase. Er hatte von seiner Firma C. Schulz

u. Sohn den Auftrag erhalten, bei dem Bankhause F. W. Krause 8000 M. zu erheben. Er kam mit dem Gelde nicht nach dem Geschäft zurück. Da traf aus Mailand bei seinen Eltern ein Brief ein. Von Neuse und Heimweh ergriffen, bat der Lehrling, die Chefs zu bewegen, daß er straflos zurückkehren dürfe. Das Haus war hierzu geneigt, aber da die Sache schon in den Händen der Staatsanwaltschaft sich befand, so wurde H. bei seinem Eintreffen in Berlin festgenommen. Er hatte noch 5700 M. bei sich. Der junge Mensch war das Opfer eines Schurken geworden. Er hatte einen früheren Matrosen namens Kuhn kennen gelernt. Mit diesem beschloß er, in die weite Welt zu gehen. Die 8000 M. sollten die Reisefasse bilden. Bevor sie sich jedoch dem Ozean anvertrauten, wollten sie auf Vorschlag Kuhn's auf der Spree eine Aderpartie machen. Als sie sich nun bei Treptow mitten auf dem Wasser befanden, erhob sich K. und drohte H., ihn in die Flut zu werfen, wenn er nicht sofort den ganzen Korb herausgäbe. Aber H. hatte sich vorgelesen und als der Mitschuldige mit seiner Drohung Ernst machen wollte, hielt H. ihm einen Revolver entgegen. Der Lehrling fürchtete sich jetzt vor K. und fand ihn mit 1300 M. ab. Darauf eilte er zum Anhalter Bahnhof und fuhr über Mühlenden nach Mailand. Von dort ist er dann in die Heimat zurückgekehrt. Von Kuhn fehlt bis heute jede Spur.

Lohn der Tugend. Zum Fall Willy Lange wird mitgeteilt, daß dessen Mitgefänger, dessen Spionieratellen besamftlich die Ermittlung der bereits aus dem Versteck gehaltenen 24 000 M. zu verdanken ist, vom Polizeipräsidium eine namhafte Belohnung erhalten hat. Da der Betreffende, ein Schriftfeger, noch eine längere Freiheitsstrafe zu verbüßen hat, so beabsichtigt die Inhaberin der geschädigten Firma, Frau Bauer, ein Gnadengesuch einzureichen, welches von amtlicher Seite befürwortet werden dürfte. Im Fall, daß der Kaiser den Rest der Strafe in Gnaden erläßt, will Frau Bauer den jungen Mann in ihrer Officin beschäftigen und ihm dadurch die Möglichkeit bieten, sich wieder emporzuarbeiten.

Der Versuch eines Kindesraubes verunfallte gestern nachmittag in der Hamburger Vorstadt großes Aufsehen. Gegen 6 Uhr bemerkten Sahanten der Kleinen Hamburgerstraße in der Nähe der Linienstraße eine etwa 6-jährige Frau, die ein dreijähriges Mädchen, das laut weinte und sich heftig sträubte, mit sich fortzöhr. Die alte Frau erklärte, daß sie die Mutter des Kindes sei, welches sich weigere, mit nach Hause zu kommen. Man schenkte der Fremden jedoch keinen Glauben und verlangte die Feststellung ihrer Personalien durch einen Beamten. Als nun ein Mädchen fortzöhrte, um einen Säugmann zu holen, ließ die Alte die Kleine plötzlich stehen und ergriff die Flucht. Wenn die Kleine, welche sich auf dem Spielplatz in der Gartenstraße getummelt hatte, gehört, konnte noch nicht festgestellt werden.

Feuerbericht. Dienstagvormittag entstand Griebenowstraße 22 durch eine schadhast gewordene Heizanlage ein Scholdeden- und Balkenbrand. Kurz nach Witternacht erfolgte ein Alarm nach Nicolaikirchstraße 30, wo in einer Desinfektion Feuer ausgebrochen war, Hilfe war schnell zur Stelle, so daß die Gefahr leicht beseitigt werden konnte. Montagabend wurde die Wehr noch verschiedener Brandstellen gerufen. Prinzestr. 87 war in einem Juweliergeschäft ein unbedeutendes Feuer abzudlöhen, während kurz vorher Panziger Platz 1 Gardinen und Möbel eingestöht wurden. Brennende Wäsche verursachte ein Auslöden nach Alexanderstr. 31. Außerdem hatte die Wehr noch kurze Zeit Köpnickstr. 64 zu thun, wo in einem Pferdehstall Feuer ausgebrochen war, das aber gedämpft werden konnte, bevor es größere Ausdehnung erlangte.

Aus den Nachbarorten.

Schöneberg. In der letzten Stadtverordneten-Versammlung stand eine Vorlage betr. „Erlaß eines Ortsstatuts für Quartierleistung“ auf der Tagesordnung. Die zur Beratung eines neuen Statuts eingesetzte Kommission hat in mehreren Sitzungen die vorliegende Frage gepöht. Ein unternommener Versuch, die einquartierenden Truppen in gemieteten Quartieren gegen Zahlung eines bedeutend höheren als des vom Staate gewährten Servicelages unterzubringen, ist gescheitert, da sich nur 144 Quartierwirte mit Quartieren für 32 Offiziere, 164 Mannschaften zc. gemeldet haben. Es sollen daher alle Gebäudebesitzer, welche eine Gemeinde-Grundsteuer von über 50 Mark zahlen, zur Aufnahme von Soldaten verpflichtet werden. In längeren Ausführungen wandte sich der Vorsteher Müller gegen dieses Statut, welches, gleich wie in Berlin, hier undurchführbar sei. Auf seinen Antrag wurde die Vorlage wiederum einem Ausschuß überwiefen. Bei der nun folgenden Wahl von vier Stadtverordneten in die gemischte Deputation für Einrichtung eines städtischen Arbeitsnachweises werden die Stadtv. Hnl. G. Müller, Obst und Söhlnt gewählt. In die neungliedrige Kommission für Anstellung von Schulärzten wurde Genosse Masch gewählt. Eine Petition betreffend Zurückgabe gezahlter Steuern für Straßenland gab dem Stadtverordneten-Vorsteher Müller Veranlassung, die Frage aufzuwerfen, ob die Stadt grundfähig berechtigt sei, für Straßenland, welches von jedermann benutzt wird, Steuern zu erheben. Im übrigen ersuchte er in Anbetracht des Umstandes, daß der in dieser Sache zuständige Decernent abweidend sei, um Ueberweisung der Petition an den Magistrat. Der Bürgermeister Wölbe erklärte mit erregter Stimme, daß er gegen eine derartige Mäße entschieden Verwahrung einlege; wer hier zu erscheinen habe, bestimme er und nicht der Vorsteher. Nachdem hierauf der Vorsteher erklärt hatte, daß er trotz des Austritts des Herrn Bürgermeisters auf seiner Meinung beharren müsse, wurde sein Vorschlag mit großer Mehrheit angenommen. Ueber die Petition betr. Errihtung eines Schlacht- und Viehhofes wurde Uebertragung zur Tagesordnung beschlofen, nachdem vom Magistrat die Erklärung abgegeben war, daß er die Errihtung in eigener Regie plane.

Steglitz. Das in unserem Orte befindliche Institut für Serumforschung wird im Herbst dieses Jahres nach Frankfurt a. M. übersiedeln, nachdem der dortselbst aufgeführte Neubau soweit gefördert ist, daß derselbe zur angegebenen Zeit seinem Zweck dienlich gemacht werden kann.

Der von der Steglitzer Gemeinde mit den Berliner Vorort-Elektrizitätswerken jeben abgeschlossene Vertrag über Versorgung der Gemeinde mit Elektrizität gilt auf 40 Jahre. Jedoch steht der Gemeinde das Recht zu, den Vertrag beim Ablauf des achten Jahres zum 10. Jahr, sowie entsprechend zum 15., 20., 25., 30. und 35. Jahre zu kündigen. Nach dem festgesetzten Tarif beträgt der Preis für Beleuchtung 50 Pf., für Kraftübertragung und Heizung 15 Pf. pro Kilowattstunde. Je nach der verbrauchten Strommenge wird ein Rabatt gewährt, bei 250 M. 1 Proz., bei 15 000 M. 17 1/2 Proz. Für die Beleuchtung öffentlicher Gebäude sowie der Straßen zahlt die Gemeinde 23 Pf.

Schwer verunglückt ist gestern nachmittag gegen 4 Uhr auf dem Güterbahnhof der Ringbahnstation Wilmersdorf-Friedenau ein Kutscher des Fuhrgeschiffes der Wittwe Busse zu Wilmersdorf. Der Kutscher, welcher Steine abzuführen hatte, fiel von seinem Eig und geriet unter sein eigenes schwer beladenes Fuhrwerk, dessen Hinteräder ihm über beide Beine gingen. Der Schwerverletzte wurde mittels Krankenwagens nach der Unfallstation und von da in das städtische Krankenhaus Am Urban gebracht.

Aus Königs-Wusterhausen wird uns berichtet: In unserer Gegend entsteht ein ganzer Industrie-Ort, die Maschinenbau-Gesellschaft Schwarzlopf errichtet hier für 2000 Arbeiter Werkstätten und

Wohnungen nebst Schulen; auch für das gesammte Beamtenpersonal werden Wohnungen errichtet, 300 Morgen Bodenfläche sollen bebaut werden. Der neue Industrie-Ort ist etwa zwei Kilometer von Königs-Wusterhausen entfernt. Eine Haltestelle der Vorortbahn und ein Güterbahnhof, welche bereits angelegt sind, bewerkstelligen den Verkehr; auch eine Verbindung auf dem Wasserwege ist ermöglicht worden, indem von dem Fabrikgelände bis zum Rotte-Kanal ein neuer Kanal durchgestochen ist. In unmittelbarer Nähe sind von der Löwenischen Gewerfabrik-Gesellschaft etwa 500 Morgen Land angekauft worden; auch hier sind große Fabriken im Entstehen begriffen.

Der Schah im Blumentopf. In dem Garten einer kürzlich verstorbenen, als sehr wohlhabend geltenden Witwe in Seefeld bei Spandau stieß der jetzige Eigentümer des Grundstücks beim Ausgraben eines Friedertraudes auf einen Blumentopf, der eine große Summe in Papiergeld enthielt. Die Banknoten waren indesh durch die eingedrungene Feuchtigkeit verfault und bis zur Unkenntlichkeit verdorben. Man nimmt an, daß die frühere Besitzerin des Grundstücks bereits vor Jahren, jedenfalls aus Paroch vor Dieben, einige Tausend Mark in Reichstafelentenen mit dem Kopf vergrub und später dies eigenartige Versteck selbst vergaß, zumal sie in letzter Zeit stark dem Trunk ergeben war.

Eine „Anschuld vom Lande“ lernte ein ansgeientes Mitglied der ostafrikanischen Schutztruppe in Spandau kennen. Sie brachte es in kurzer Zeit fertig, den vertrauensvollen „Afrikaner“ um seine gesamten, etwa 2000 M. betragenden Ersparnisse zu erleichtern. Die Hochstaplerin, die auch in Berlin und in mehreren Provinzialstädten Schwindelacten begangen hat, ist von der Polizei in Spandau verhaftet worden. Der völlig angeplönderte „Afrikaner“ hat in Berlin eine Stelle als Portier angenommen.

Aus Friedrichsfelde wird uns geschrieben: Die Berlinerstraße, welche bisher Eigentum des Kreises war, ist vergangenen Winter gegen eine einmalige Entschädigungssumme von ca. 73 000 M. in den Besitz unserer Gemeinde übergegangen. Die Uebernahme war dringend erforderlich, weil die Chaussee-Verwaltung nichts für den Unterhalt der Straße that. Wie das Pflaster beschaffen, hat vielleicht mancher Leser am eigenen Leibe erfahren. Die Regulierungsprojekte tauchen nunmehr auf wie Pilze aus der Erde, auch ist in mehreren Gemeindevertreter-Sitzungen über die Ausgestaltung der Chaussee diskutiert worden, aber ein Antrag wird immer noch nicht gemacht. Die einen wollen eine Prachtstraße bauen mit Promenaden, Reit- und Radfahrwegen zc., die anderen wollen nur den Weg einfach ausständig passierbar machen unter Verbehaltung der schönen schattenspendenden Bäume.

Bei der letzten Steuererhebung war ein Schlosser K. z. 9 M. Einkommensteuer veranlagt worden, obwohl er schon monatelang arbeitsunfähig war und sich zur Zeit in einer Heilanstalt befand. Die Frau legte im Namen ihres Mannes Veranlagung ein; in der Sache fand auch Termin auf dem hiesigen Amtsbureau statt, zu welchem gleichfalls der inzwischen als gänzlich erwerbsunfähig zurückgekehrte Ehemann erschienen war. In der Verhandlung wollte der Amtsbekretär nicht glauben, daß K. bei einer Krankenunterstüzung von wöchentlich 9 M. leben könnte; er mißte unbedingt noch Vermögen haben. Der Amtsbekretär wird doch wissen, daß die Gemeinde ihren Straßensegern auch nur einen Lohn von etwa dieser Höhe zahlt und daß diese armen Leute gleichfalls mit ihrer Familie hiervon leben müssen.

Bei der Aufstellung von Bauprojekten für das Terrain W. 1. Leben am Liegnitzer ergeben sich erhebliche Schwierigkeiten aus der Beschaffenheit des Untergrundes, der auf weite Strecken in den angelegten Part hinein vollständig sumpfig ist und bei einem Bau bedeutende Mengen von Schuttmaterial zur Befestigung des Baugrundes erfordern würde. Die niedrig gelegenen, zum Liegnitzer fahrenden Alleen sind das ganze Jahr hindurch feucht und schwanen dem Besucher unter den Füßen.

Gerichts-Beitung.

Am hässlichen Herd des Herrn Hauptmann. Ein sensationeller Prozeß, bei dem ein in Straßburg in Garnison befindlicher Hauptmann die Rolle des Hauptzeugen spielte, kam am 24. d. Mts. vor der Strafkammer in Mainz zur Erledigung. Die 23-jährige Unreuegebiltn Louise Helene Susanne Trefer aus Frankfurt a. M. hatte sich wegen Betruges zu verantworten. Die Angeklagte hatte mit dem Hauptmann Jeps ein Verhältnis, das so vertrackter Natur war, daß beide gemeinschaftliche Haushaltung führten. Die Trefer hatte einen Schlüssel zur Wohnung des Hauptmanns und konnte sie jederzeit, auch in dessen Abwesenheit betreten. Ende November und Dezember kaufte die Trefer bei einem Mainzer Delikatessenhändler, wo sie sich als „Frau Hauptmann Jeps“ ausgab, wiederholt Waren auf Kredit ein. Am 4. Januar wurde der Hauptmann Jeps nach Straßburg versetzt und nun begann die Rot der Angeklagten. Um ihr zu steuern, kaufte sie bei fünf Juwelieren in Mainz goldene Ringe und silberne Vestede, die der „gnädigen Frau“ in die Wohnung des Hauptmanns verbracht wurden, von wo sie der Weg ins Pfandhaus machten. Die Angeklagte gab vor Gericht sämtliche Betrügereien zu, ebenso, daß sie sich überall als die Frau des Hauptmanns ausgegeben habe; nur die bezogenen Delikatessen seien von ihr und dem Hauptmann gemeinschaftlich verzehrt worden. Von ihren Eltern in Frankfurt sei sie verstoßen worden, weil sie ein uneheliches Kind habe, dessen Vater aber nicht der Hauptmann sei. Die Betrügereien bei den Juwelieren habe sie erst nach Vernehmung des Hauptmanns nach Straßburg verblüht, weil sie in großer Not gewesen sei. Ihr eigenes Geld in Höhe von 700 M. habe sie in dem gemeinschaftlichen Hausstand mit dem Hauptmann zugelegt und dem Vurschen stets das Geld zum Bezahlen der Wäsche zc. gegeben. Der in Straßburg vernommene Hauptmann gab zu, daß er der Angeklagten das Recht eingeräumt habe, sich einen Schlüssel zur Wohnung machen zu lassen, auch die Delikatessen seien jedenfalls gemeinschaftlich verzehrt worden. Der Zeuge bestritt, daß die Angeklagte eine so hohe Summe von ihrem eigenen Gelde in die Haushaltung gegeben habe; sein Vursche habe stets, wenn er Geld gehabt habe, die Wäsche bezahlt. Der Staatsanwalt beantragte 2 Jahre Gefängnis. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Gause, fand es sehr merkwürdig, daß die Delikatessen heute noch nicht von der anderen Seite bezahlt seien und plödierte auf eine mildere Strafe. Bemerkt wird in den Zeitungsberichten über den Prozeß noch, daß die Angeklagte, die bereits wegen Unterschlagung mit 60 M. Geldstrafe und wegen Diebstahls mit 4 Wochen Gefängnis bestraft worden ist, sich in zwei Juweliergeschäften als Frau des Premierleutnants v. Hornhardt ausgegeben hatte, der in demselben Hause wie der Hauptmann wohnte. Das Gericht erkannte auf 1 Jahr Gefängnis.

Wegen Verletzung eines ärztlichen Titels war gegen den Inhaber einer magnetischen Heilanstalt, einen Herrn Heinemann, auf Grund des § 147 der Gewerbe-Ordnung Strafantrag gestellt worden, weil er sich in einer Schrift „Magnetopath“ genannt hatte. Die Anklagebehörde machte geltend, daß dieser Titel bei dem Publikum die irrige Annahme erwecken könne, H. wäre eine geprüfte Medizinperson. Schöffengericht und Landgericht sprachen jedoch den Beschuldigten mit der Begründung frei, daß das Publikum nicht, insbesondere aber nicht der Durchschnittsmensch in der Bezeichnung Magnetopath einen ärztlichen Titel erblicken werde. Die Staatsanwaltschaft legte nunmehr Revision ein, wurde aber damit gestern vom Strafsenat des Kammergerichts zurückgewiesen. Der Senat führte aus, daß die Frage, ob eine Bezeichnung als ein ärztlicher Titel erscheine, wesentlich tatsächlicher Natur sei und daß daher die Revision an der Feststellung des Vorderrichters scheitere.

Magdeburgisches. In Diesdorf war die Witwe A. eine als ehrentreu und kirchlich gesinnte Person vom Landgericht Magdeburg bezeichnete Frau gestorben und beerbt worden. Als der Pfarrer sich entfernt hatte, trat der Schwiegervater der Verstorbenen, der Arbeiter Hermann Maas, den das Urteil als „socialdemokratisch und unchristlich gesinnt“, bezeichnet, an das Grab, warf Erde hinein und sprach so laut, daß die Mehrzahl der Anwesenden es hören konnten, die Worte: „Du hast gelebt und gestirbt — auf immer wiedersehen.“ Nachdem das Landgericht Magdeburg hierin eine Störung der gottesdienstlichen Handlung erblickte und Maas demgemäß verurteilt, das Reichsgericht aber das Urteil aufgehoben hatte, erließ das Landgericht in der neuen Verhandlung vom 21. Januar d. J. in der inframirierten Handlung den üblichen großen Unfug und verurteilte Maas zu vier Wochen Haft. Bemerkenswert ist die im Urteil getroffene Feststellung, daß eine in hiesiger Richtung Störung der Ruhe nicht eingetreten ist, daß vielmehr die Leidtragenden sich nur im Stillen über die (vom Urteile als „besonders roh“ bezeichneten) Worte des Angeklagten geärgert und nachher beunruhigt gefühlt haben. — Auf die abermals vom Angeklagten eingelegte Revision hob das Reichsgericht gestern auch das neue Urteil auf und verwies die Sache unter folgender Begründung an das Landgericht zurück: Nach der neuesten Rechtsprechung ist anzunehmen, daß zum Tatbestande des großen Unfugs gehört einmal eine Störung oder Gefährdung des äußeren Bestandes der öffentlichen Ordnung und daß diese Störung eine unmittelbar durch den großen Unfug herbeigeführte sei. Ob die Strafkammer sich dieser Duplicität in der Feststellung des Tatbestandes genugsam bewußt gewesen ist, darüber lassen die Urteilsgründe Zweifel aufkommen. Denn während an der einen Stelle des Urteils davon die Rede ist, es sei für die Feststellung des großen Unfugs nicht notwendig, daß eine äußerlich sichtbare Störung hervorgerufen ist, wird an anderer Stelle davon gesprochen, daß in jenem Dorfe nach den besonderen Umständen und den Bestimmungen der Einwohner allerdings ein derartiges Vergehen gegeben sei, daß daraus wohl auf eine Störung der äußeren öffentlichen Ordnung geschlossen werden könne. Die Strafkammer wird zu einem klareren Ausdruck gelangen müssen, ob und in welcher Beziehung diese unmittelbare Störung als vorhanden anzunehmen ist oder nicht.

Zu Konstanz wurde nach fünfjähriger Verhandlung der Kaufmann Em wegen der Schwindtaten, wofür wir berichteten, zu fünf Jahren Zuchthaus, acht Jahren Ehrverlust und 3500 M. Geldstrafe eventuell weiteren 140 Tagen Zuchthaus verurteilt.

Versammlungen.

Die angebrochte Aussperrung der Steinscher lautete das Thema einer am Montagabend im Räumlichen Lokale einberufenen Versammlung, die von über 600 Personen besucht war — eine Versammlung, wie man sie für Steinscher bisher überhaupt nicht für möglich gehalten hat. Und das hatte allein die Zustimmung mit ihrem gestern im „Vorwärts“ veröffentlichten Schreiben zuzugebracht. Mit Recht konnte deshalb Knoll in seinem einleitenden Referat sagen, daß die Frage der Stellungnahme zu der Aussperrung schon durch die Versammlung beantwortet sei. Redner führt sodann an der Hand der Tatsachen den Nachweis, daß die Forderung der neunstündigen Arbeitszeit, die ja das eigentliche Kampfobjekt bilde, schon vor sechs Jahren von den Steinschern aufgestellt und stets der Zustimmung in legaler Weise unterbreitet worden sei. Immer wurden die Arbeiter zurückgewiesen. Endlich in diesem Jahre, nachdem man zuerst die Arbeiter monatelang durch leere Redensarten und dann durch sadenscheinige Gründe hingehalten, da endlich haben auch die Steinscher eingesehen, daß sie auf gutem Wege die neunstündige Arbeitszeit nie zugebilligt bekommen würden. Dagegen habe von den Steinschern noch kein Mensch an einen Streik gedacht, als man die Forderung aufstellte. Denn wenn man die Absicht hat, irgend welche Forderungen durch einen Streik zu erzwingen, dann stellt man dieselben nicht schon zu einer Zeit, in der alle Arbeiter des Berufes ohne Arbeit sind.

Was nun die in Aussicht gestellten Unterhandlungen anbetrifft, so sei das lediglich ein Vorwand, die Sache nochmals zu verschleppen. Wenn die Steinscher darauf eingehen, dann können sie auch gleich erklären, daß sie für dieses Jahr überhaupt auf die Einführung der neunstündigen Arbeitszeit verzichten, also auch die bereits erzielten Erfolge freiwillig preisgeben. Im nächsten Jahre ginge dann der Kampf von neuem los. Kommt es dagegen zum allgemeinen Ausstand, so möge der Kampf ausgehen, wie er wolle, den Erfolg haben die Steinscher dann unter allen Umständen zu verzeichnen. Der Zustimmung wird es klar werden, daß die Steinscher

so wie bisher sich nicht mehr behandeln lassen. Als dann der Vorsitzende darüber abstimmen ließ, ob am Dienstag früh die Arbeit unter den von der Zustimmung gestellten Bedingungen wieder aufgenommen werden solle, da regte sich in der ganzen Versammlung auch nicht eine Hand, einstimmig erklärte man, daß auch auf den wenigen Punkten, auf welchen bisher noch zu den alten Bedingungen gearbeitet wurde, die Arbeit sofort niedergulegen sei. Sodann wurde von den unter den neuen Bedingungen in Arbeit stehenden beschlossen, daß jeder derselben wöchentlich 3 M. zur Unterhaltung zu zahlen habe. Alsdann erhielt nochmals Knoll das Wort und stellte derselbe folgenden Antrag zur Diskussion. „Kollegen! Wir haben durch die gefassten Beschlüsse bekundet, daß wir die Aussperrung nicht fürchten und den Kampf zu führen entschlossen sind. Zeigen wir nun aber auch durch die That, daß wir wieder, wie schon so oft, die ersten sind, die die Hand zum Frieden bieten. Auf einstimmigen Beschluß der Lohnkommission beantragen wir nunmehr, sofort das Gewerbegericht als Einigungsamt anzurufen.“ Ohne Debatte stimmt die Versammlung diesem Antrage zu. Mit einem brausenden Hoch auf die Neunhundertbewegung erreichte die Versammlung ihren Abschluß.

Die **Formen und Berufsgeossen** beschlossen in einer gut besuchten Versammlung, die am Montag im Kolberger Salon tagte, mittels Fragebogen in allen Betrieben eine Urabstimmung vorzunehmen, ob die Berliner Formen gewillt sind, Streikarbeit anzufertigen oder nicht. In den Werkstätten-Sitzungen soll diese Frage im Laufe der Woche eingehend diskutiert werden. Das Resultat wird einer am Sonntag stattfindenden Versammlung unterbreitet und soll dann über die weitere zu treffenden Maßnahmen Beschluß gefaßt werden.

Nach den Referaten von A. Platz und O. Rätcher über die Lage der fireilenden Formen und Berufsgeossen in Deutschland sind zur Zeit in der Metallindustrie in zahlreichen Orten Differenzen ausgebrochen, an welchen auch die Formen beteiligt sind. In mehreren Orten sind die Arbeiter noch wegen des Feierns des 1. Mai ausgesperrt oder infolge von Maßregelungen zum Auslande gezwungen worden. In anderen Orten sind die Arbeiter zwecks Erringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen in den Streik getreten. Wie festgesetzt ist, sind trotz der gegenwärtig außerordentlich günstigen Geschäftslage in der Metallindustrie die Löhne nicht nur nicht gestiegen, sondern im Gegenteil noch reduziert worden. Vielfach ist eine Verlängerung der Arbeitszeit eingetreten und meist werden die Arbeiter veranlaßt, durch anstrengende bei den minimalen Preisen einen erhöhten Wochenverdienst zu erzielen. Kennzeichnend für die Zustände in den verschiedenen Betrieben sind die an einem Orte von den Formen gestellten Forderungen: eine geregelte Geschäftsführung in dem Betriebe einzuführen und Arbeiter einzustellen, die wenigstens einigermaßen die deutsche Sprache beherrschen, um eine Verständigung zu ermöglichen, die bei gefährlichen Arbeiten unbedingt notwendig ist. Allen Ansinnen nach werden die jetzt schon umfangreichen Kämpfe in nächster Zeit noch bedeutendere Dimensionen annehmen. Teils dadurch, daß in einigen Orten die Unternehmer das früher schon Bewilligte wieder zurückgezogen, beziehungsweise das gegebene Versprechen nicht gehalten haben, teils dadurch, daß die Unternehmer-Arbeitsnachweise und die schwarzen Listen mehr denn je ihre Wesen treiben und die Arbeiter in der rücksichtslosesten Weise drangsaliert werden. Auch in Berlin ist trotz der Abmachungen vor dem Gewerbegericht, wonach die bis dahin von allen Verbandsbetrieben ausgesperrten Arbeiter wieder eingestellt werden können, alles beim alten geblieben. Nach wie vor werden die Arbeiter wegen ganz geringfügiger Vergehen oder auch ohne Ursache entlassen, auf die schwarzen Listen gesetzt und trotz aller Bemühungen in keinem Betriebe des isolierten Unternehmertums wieder eingestellt. Alle Redner empfahlen die Frage, ob Streikarbeit verteuert werden soll, genau und mit Berücksichtigung aller eventuellen Folgen zu erwägen und bei der Abstimmung ebenfalls danach zu verfahren.

Landmannschaft der Schleswig-Holsteiner. Heute, abends 8 1/2 Uhr, Versammlung mit Frauen im Vereinslokal, Feuerbrunn Festhalle (Inhaber W. Herzberg), Alte Jakobstr. 75.

Vermishtes.

Heberfall. In Frankfurt a. M. wurde Montagabend in einem Hause der Alchestrassenstraße eine im Parterre wohnende Frau von zwei Leuten, die in die Wohnung eingedrungen waren, überfallen, gefesselt und mit zwei großen Ägeln mit einer Hand an den Fußboden angenagelt. Beide Verbrecher räumten sodann die Wohnung aus. Der Ehemann der Frau, der einige Minuten nach dem die Verbrecher den Thortort verlassen hatten, zurückkehrte, befreite

seine Frau aus ihrer qualvollen Lage. Von den Thätern fehlt bis jetzt jede Spur.

In Jassy, Rumänien, kam es nach einer von antisemitischen Studenten veranstalteten Versammlung auf den Straßen zu Aufrührungen, an welchen sich die Teilnehmer an der Versammlung und andere Personen beteiligten. Fenster und Thüren einiger Läden wurden zertrümmert. Die Polizei und das Militär stellten die Ordnung wieder her. Einige Polizisten und mehrere Demonstrationen erlitten Verletzungen, jedoch nicht schwere. Zahlreiche Personen wurden verhaftet, eine Unterjuchung ist eingeleitet.

Die Pest in Alexandria sind zwei an der Pest erkrankte Personen gestorben.

Unwetter in Nordamerika. Aus New York wird berichtet: Seit Freitag richteten heftige Regengüsse, verbunden mit Hagel, und Orkane vielfachen Schaden an Eigentum und an der Ernte in Nebraska, Süd-Dakota, Iowa, Wisconsin, Minnesota und Nord-Illinois an. Etwa 12 Personen sind verunglückt. Der Schaden wird auf Hunderttausende von Dollars geschätzt.

Aus New York wird vom 27. Mai berichtet: Das gestrige große Feuer in Coney Island, einem Seebadeorte in der Nähe New Yorks, hat einen verachteten District verschwinden lassen. Ungefähr 200 Gasthäuser, Bierstuben, Wadepavillons und andere Gebäude wurden ein Raub der Flammen. Der Verlust wird auf 500 000 bis 1 000 000 Doll. geschätzt. Die Feuersbrunst entstand wenige Stunden nach dem Inkrafttreten der neuen Polizeivorschriften zur Aufhebung über gefährlicher und ungeschlicher Kneipen. Man vermutet, daß eine oder mehrere Personen, welche einsehen, daß die neuen Vorschriften ihr verachtetes, aber höchst einträgliches Geschäft ruinieren würden, sich in dieser Weise bei den Versicherungsgesellschaften schadlos halten wollten. Die Scene, die sich bei dem Brande entwickelte, war eine seltsame. Kellner mit ihren Schürzen, Variété-theater-Komödianten in allen möglichen Trachten und teilweise auch ohne Tracht, schlaftrübe Träumer, deren Gang genug besagte, setzten Eigentümerinnen von Gasthäusern und Restaurants: alle wälzten sich zusammen auf der engen Straße, die von Ocean Avenue nach dem Seeufer fährt. Viel lästerliche Reden, wie sie nur Coney Island hervorbringen kann, hörte man, aber auch Beschlagen einiger, die ihre ganze Habe in wenigen Minuten eingestrichelt sahen. Von Dieben wimmelte es, und es wurden auch eine große Zahl Verhaftungen vorgenommen. Während des Feuers kamen vierzig Explosionen vor. Die Apotheken hatten nämlich Feuerwerkskörper auf Lager. Auch die Gasometer barsten. Das entströmende Gas verbreitete die Flammen weiter.

Marktbreise von Berlin am 29. Mai 1899

nach Ermittlungen des hgl. Polizeipräsidenten.	
Waren	Preis
Weizen D.-Ctr.	16,20 15,-
Reggen	15,20 13,90
Butter-Gerste	13,90 12,70
Hafer gut	15,50 15,10
„ mittel	15,- 14,50
„ gering	14,40 14,-
Nichtstroh	4,- 3,50
Senf	6,00 4,20
Erbsen	40,- 25,-
Spreibohnen	50,- 25,-
Wicken	70,- 30,-
Kartoffeln, neue	6,- 4,-
Wirsing, Rente 1 kg	1,50 1,20
de. Bauch	1,20 1,-
Schweinefleisch 1 kg	1,90 1,10
Rindfleisch	1,80 1,-
Dammelfleisch	1,60 0,90
Butter	2,50 2,-
Vier 60 Stck	3,00 2,-
Karpfen 1 kg	2,- 1,20
Kale	2,50 1,40
Rohr	2,50 1,-
Janber	2,20 1,20
Decke	2,20 1,20
Barische	1,60 0,80
Schilde	2,80 1,20
Blie	1,20 0,80
Kreife per Schod	12,- 2,50

* Ermittelt pro Tonne von der Centralstelle der Preuss. Landwirtschaftskammer — Rotationsstelle — und umgerechnet vom Polizeipräsidenten für den Doppel-Centner.

† Kleinhandelspreise.

Produktenmarkt vom 30. Mai. Aus West- und Ostpreußen kamen Meldungen von privater Seite, die über Nachfröste Mitteilung machten. Brotkruste zeigen auf vorstehende Momente hin für spätere Sichten um 2 M. an, spätere Verkäufe bräutten aber auf diese Momente und schliehen Weizen und Roggen nur mit 1/2 bis 3/4 M. höherer Notiz. Hafer und Rind tierieren sich. Rindfleisch. Am Spiritusmarkt machte sich bei kleineren Zufuhren und guter Kaufkraft festere Tendenz geltend. Angeboten waren 50 000 Liter 70er Spiritus, der mit 40,30 M. (= 0,30 M.) Käufer fand. Septemberpreis konnte sich am Terminmarkt gut behaupten. Mai-Termin hatte nur noch nominelles Kurs und zwar einen um etwa 20 Pf. höheren. — Berlin's Getreides- und Mehlzuzufuhren zu Wasser vom 29. Mai mittags bis 30. Mai mittags betragen 686 To. Roggen, 45 To. Hafer, 3900 D.-Ctr. Roggenmehl.

Wetter-Prognose für Mittwoch, den 31. Mai 1899. Etwas wärmer, trocken und vielfach heiter, zeitweise wolfig, bei schwachen südwestlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Beim bevorstehenden Monatswechsel empfehlen sich folgende

Partei-Expeditionen:

- Berlin vierter Wahlkreis O.: Robert Wenzel, Bruchstr. 30, Hof II. — 50.: Fritz Thiel, Stallgerstr. 35 v. part. — Sechster Wahlkreis (Noah): Karl Anders, Salzweberstr. 8, part. im Laden. — Wedding und Oranienburger Vorstadt: Emil Stolzenburg, Wiesenstraße 14. — Gesundbrunnen: Wilhelm Gahmann, Grünhaldenstr. 64/65. — Rosenthaler Vorstadt und Schönhauser Vorstadt: Karl Marx, Kasanstr. 95/96. — Charlottenburg: Gustav Schwarberg, Schillerstr. 94, v. 1 Treppe. — Deutsch-Wilmersdorf: Frau Häbler, Sigmaringenstr. 5, und Frau Heinemann, Eghartrienstr. 35. — Rixdorf: Ohermann, Gerstr. 9. — Schöneberg: Wilhelm Bannier, Wapfel Poststr. 13, Cuerneg. Gockp. — Johannisthal-Nieder- und Ober-Schöneweide: Otto Jahn, Ober-Schöneweide, Clemensstraße 7, Zigarrengeschäft. Annahmestelle: Nieder-Schöneweide: Karl Weber, Zigarrengeschäft. Johannisthal: Senfleben, Restaurant. — Adlershof: Max Wobbe, Meyerstr. 4. — Friedenau-Steglitz: D. Bernsee, Kirchstraße 16 in Friedenau. Vorstellungen nehmen entgegen in Steglitz: G. Rohr, Tüppelstraße 8, und Fr. Schellhaas, Ahornstr. 15a. — Baum-Schulenburg: Godel, Baumstraße 32, v. III. — Neu-Weissensee: Expeditur Heinrich Bachmann, Leberstraße 1, part. II. 11/12.

Außerdem ist sämtliche Parteiliteratur sowie alle wissenschaftlichen Werke dort zu haben. Auch werden Inserate für den „Vorwärts“ entgegengenommen.

Um genaue Angabe der Adresse wird dringend gebeten.

Bitte ausschneiden!

Bederarbeiter Berlins!

Donnerstag, den 1. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Cranz (Victoria-Garten), Badstraße 12:

Große öffentliche Versammlung

Bederfabrikation beschäftigter Arbeiter und Arbeiterinnen

als: Weisgerber, Vogherber, Bederfärber, Zurechter u. Berufsge.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen Paul Jahn über: Die Arbeiterfrage der Gegenwart. 2. Wahl der Redaktoren. 3. Bericht des Delegierten zur Gewerkschaftskommission. 4. Gewerkschaftliches und Persönliches. Kollegen, in Anbetracht der so wichtigen Tagesordnung ist es Pflicht eines jeden, pünktlich zu erscheinen.

Der Vertrauensmann.

Achtung! Maurer!

Freitag, den 2. Juni, abends 8 Uhr, in Kellers Festsälen, Ropenstraße 29:

Große öffentl. Versammlung der Maurer Berlins u. Umg.

Die Tagesordnung wird morgen an dieser Stelle bekannt gegeben.

Um die größte Agitation zu dieser Versammlung ersucht Die Lohnkommission. J. K.: Karl Panser.

Achtung! MAURER. Achtung!

Mittwoch, den 31. Mai, abends 8 1/2 Uhr, in den Borussia-Sälen, Alterstraße 6-7:

Grosse öffentliche Versammlung der Maurer Berlins und Umgegend

(Vertrauensmänner-Centralisation).

Tagesordnung: 1. Die Leistungsunfähigkeit unserer Centralisation und die Verleumdungen der Verbandsleiter. 2. Diskussion. 3. Gewerkschaftliches.

Kollegen, da sich jetzt auf allen Banten und auch in vielen Städten außerhalb Berlins die Verbands-Agitatoren die größte Mühe geben, und als arme Karte und unsolidarische Organisation hinzustellen, liegt es an uns, diese böswilligen, auf der Luft gegriffenen Verleumdungen auf ihren wahren Wert zu prüfen; deshalb ist diese Versammlung einberufen und erwarten wir, daß Ihr alle erscheinen werdet.

Die Lohnkommission. J. K.: Fritz Kater.

Frauen- und Mädchen-Bildungsverein zu Rixdorf.

Donnerstag, den 1. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Peters, Knechtelstraße Nr. 113:

Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Herrn Dr. Silberstein über: Aenderungen im Proletariat. 2. Diskussion. 3. Berichtigungsangelegenheiten und Persönliches. Gäste haben Zutritt. [8/7] Der Vorstand.

Allerlei Anzeigen.

1. Basse und 1. Tenöre sucht Männergesangsverein. Wohnungs-Lande Donnerstagsabend 8 1/2 - 10 1/2 U. Reichsstr. 17 b. Duple. [2888]

Schlimbegabte Sangesbrüder, besonders erwünscht erste Tenöre, welche gewillt sind, dem hiesigen Gesangsverein beizutreten, können sich zur Aufnahme melden Donnerstags abends 9 Uhr, Restaurant Wiedemann, Friedenstr. 47. 803 b

Herliches Grundstück im Vorort, 30 Pf. Tour, hart an der Bahn, 18 Meter Front. Eingezäunt, mit Gasse und Stallung, verkaufe für 2000 M. bei 1000 M. Anzahlung. Zvers, Jergemil b. Bernau.

Bierverlag sofort billig zu verkaufen bei Pflg, Bergmannstr. 62. 3135

Schattengeschäft mit voll. Konzeption sehr preiswert zu verk. In erst. St. (Knechtelstr. 21 im Lokal. 3465

Fahrräder! Hochseine, elegante, robuste deutsche Maschinen, Garantie 12 Monate, umhängebaldler 190 Pf. Fabrik-Niederlage Oranienstr. 33, II.

Herren-Fahrrad für 60 M. zu verkaufen. [3205] Söhne, Solmsstr. 51, I.

Fahrrad sehr billig zu verkaufen. 3195 Krausenstr. 9, Doteipostler.

Fahrrad-Händler Kauf.ämtl. Zubehör u. Hochseile usw. West., gep. Räder sehr vorz. Oranienstr. 47, Fahrradri. an gros

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.
Mittwoch, den 31. Mai.
Opernhaus. Ingeborg. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schauspielhaus. Das fünfte Rad. Anfang 7 1/2 Uhr.
Rene Oper (Kroll). Die Fledermaus. Anfang 7 1/2 Uhr.
Deutsches Theater. — Hans. Anfang 7 1/2 Uhr.
Leitung. Theresia Maquin. Anfang 7 1/2 Uhr.
Berliner. Jaja. Anfang 7 1/2 Uhr.
Hedwig. Der Schlafwagen. Controlleur. Vorher: Zum Einsteiger. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schiller. Die Frau vom Meer. Anfang 8 Uhr.
Rene. Hofmann. Anfang 7 1/2 Uhr.
Westen. Eitelbergisches Koncertatorium.
Central. Waldmeister. Anfang 7 1/2 Uhr.
Luisen. Der Kammerdiener. Anfang 8 Uhr.
Velle-Alliance. Der Kistenbude. Anfang 8 Uhr.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Der Nachtbus. Controlleur. Anfang 8 Uhr.
Alexandersplatz. Um ein Weib. Anfang 8 Uhr.
Chend. Die rote Mühle. Anfang 8 Uhr.
Metropol. Specialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.
Nyssa. Specialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.
Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.
Freen-Palast. Specialitäten-Vorstellung.
Passage-Panoptikum. Specialitäten-Vorstellung.
Urania. Taubenstrasse 48-49. Naturkundliche Ausstellung. Täglich geöffnet von 10 Uhr vormittags ab. Eintritt 50 Pf. Abends 8 Uhr: „Das Land der Fjorde“. Operntheater.
Invalidenstr. 57/62. Täglich abends von 6-10 Uhr: Sternwarte.

Schiller-Theater
(Wallner-Theater).
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Die Frau vom Meer.
Schauspiel in 5 Akten von G. Jöben.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Satisfaktion.
Freitag, abends 8 Uhr:
Der Herrgottschützer von Ammergau.

Central-Theater
Direktion: José Ferenzy.
Waldmeister.
Operette in drei Akten von G. Davis.
Musik von Johann Strauß.
Morgen und folgende Tage:
Waldmeister.

Metropol-Theater.
Schrenkstr. 55/57. Dir. Rich. Schallz.
Sensationelles Mai-Programm.
Mlle. Lidia. Frid. Frid. José Hargini.
Der schöne Rigo.
Operette von Ziehrer.
Zwei grosse Ausstattungs-Balletts. Glinzeretti. Grigory. Nolswet.
Am 1. Juni:
Neues phänomenales Programm.
In Vorbereitung:
Berlin lacht!!
Heitere Bilder aus Berlin in einem Vorspiel und zwei Abteilungen v. Julius Freund. Musik von Julius Einödshofer. — Einlage: **Grosses Zeitungsballott.** Rauchen in allen Räumen gestattet. Wochentags Anfang 8 Uhr, Sonn- und Feiertags 7 1/2 Uhr.

Offend-Carl-Weiß-Theater.
Gr. Frankfurterstr. 132.
Rohität! Zum 11. Male: Rohität!
Die rote Mühle.
Sensationelles Ausstattungsstück in 8 Bildern von G. Ostrowsky und G. Tondermann. Anfang 8 Uhr.
Im Konzert-Garten:
Gr. Specialitäten-Vorstellung, Konzert und Theater. Nur Kräfte 1. Ranges. 27 Nummern. Gr. Pantomime. Der Wirtin-Verein. Operette von G. Hells. — Anfang 6 1/2 Uhr.
Der Garten ist an Vereine einige Tage zu vergeben. Familien-Billetts für die ganze Saison zu 4, 6, 8 und 10 Mark, bis zu 12 Personen gültig, sind im Bureau zu haben. Täglich: Große Vorstellung. — Saisonkarten haben Gültigkeit.

Victoria-Brauerei
Lützowstr. 111/112.
Im Naturgarten oder Saal:
Täglich
Humoristische Soiree der Norddeutschen Sänger
(Fährmann, Horst, Walde).
Am Sonntag: 7. wochentags 8 Uhr.
Eintritt 50 Pf.
Sonntag 10 Pf.
Familien-Billetts 3 = 1 M.
Sonntag und Donnerstag nach der Vorstellung: **Tanzkränzchen.**

Sommer-Theater
„Alter Dessauer“
Königsplatz 32.
Quader: A. Ladewig.
Schattiger Garten Berlin.
Täglich: Theater und Specialitäten-Vorstellung.

Urania
Taubenstrasse 48/49.
Um 8 Uhr: im Theater:
Das Land der Fjorde.
Invalidenstr. 57/62:
Tägl. Sternwarte.
Nachmittags täglich 5-10 Uhr.

CASTANS
PANOPTICUM
im Pschorrpalast, Friedrichstr. 165.
Neu!! Lebende
Neu!! Photographien!
Neu!! in Lebensgrösse!
Lebende Bilder,
gestellt von 5 jungen schönen Damen.
„Dreifuss“ dreibeinig, lebend.
Teucherkesselpford.

Passage-Panoptikum.
Geöffnet von
9 Uhr früh bis
10 Uhr abends.
Nur noch
kurze Zeit.
Der
unverwundbare
Fakir.
Son 6 1/2 Uhr:
Specialitäten-
Vorstellung.

Pahlmanns
Vaudeville-Theater
Inhaber: F. Pahlmann,
Schönw. Allee 148, Kahan-Allee 97/99.
Täglich:
Konzert, Theater
u. Specialitäten-Vorstellung
mit reichem Programm.

Max Kliems Sommer-Theater
Hasenhalde 14-15. Artistische Leitung: Paul Wittib.
Täglich: **Großes Garten-Konzert.**
Theater- und Specialitäten-Vorstellung.
Auftreten des gesamten Schauspiel- u. Specialitäten-Personals.
Nur erstklassige Kräfte.
Georg Fischer (Viederfänger), Karl Cursch (Tanz-Parodist), Heddy Brumlen (Kostüm-Soubrette), Dora Marchetti (Barforce-Quadrillistin), Jackson-Truppe (Excentriker) ufm.
Neues gediegenes Familien-Programm.
Entree: Wochentags 20 Pf. Entree: Sonntags 25 Pf.
Numerierter Platz 40 Pf. Numerierter Platz 50 Pf.
Anfang des Konzerts täglich 4 Uhr. Anfang der Vorstellung 6 Uhr.
In den Festtagen: **Großer Ball.**
Die Kaffee-Lage ist geöffnet. **Max Klem.**

Brauerei Friedrichshain.
Täglich
5, 7, 9 Uhr: **Hagenbecks Polar-Show.**
12 Eisbären, vorgeführt von Hendrick Olafson.
Elefant, Pferd und Hund, vorgeführt von Herckenrath.
Entree 30 Pf., Kinder 15 Pf.
Annoncen-Expedition F. v. Schirp, Berlin.

Ein dreifach donnerndes Hoch zum heutigen Tage dem Fußballpaar Herrn
Kiefer nebst Gattin.
3335 Der Wirt von unten.
Uniform Genossen 3345
W. Kiefer
zu seinem 26-jährigen Geburtsfestum ein dreifach donnerndes Hoch! daß alle Fichten wachsen.
Die Arbeitsschauen d. Schellhase.

Apollo-Theater.
Frau Luna.
Im 4. Bilde das sensation. Luftballt
Grigolatis.
Ferner:
Hella Collier
Henry Bender
The 3 Gilbars
etc. etc. etc.
Anfang d. Garten-Konzerts 7 Uhr.
der Vorstellung 8 Uhr.
Billet-Vorverkauf täglich im Theater und beim „Kunstlerdank“, Unter den Linden 69.

Ostbahn-Park
Hermann Imbs
71 Silberdorfer Straße 71,
am Kästner Platz.
Täglich: **Konzert, Theater- und Specialitäten-Vorstellung.**
Nur erstklassige Nummern.
Anfang: Sonntags 4 Uhr. Entree 20 Pf.
Kinder 10 Pf. Sperrig Nachh. 20 Pf.
Anfang: Wochent. 5 Uhr. Entree 10 Pf.
Kinder 10 Pf. Sperrig Nachh. 10 Pf.
Jeden Dienstag:
Norddeutsche Sänger.
Gerhard Imbs, Direktor.

Arbeitsmarkt.
Achtung, Holzarbeiter!
Bei Eisholz, Kraustr. 52.
sehen die Kollegen im Streit.
In der Signalfabrik von Stehmann, Reichendergerstr. 142,
sind sämtliche Tischler wegen Feierns des 1. Mai entlassen. Bezug ist fern zu halten.

Stellenangebote.
Arbeiter-Sekretariat.
Für das in Halle a. S. zu errichtende Arbeiter-Sekretariat gelangt hierdurch die mit einem Anfangsgehalt von 1800-2000 M. verbundene Stellung eines **Secretärs** zur Ausschreibung. 19129*
Bewerbungen sind bis 14. Juni zu richten an
Redakteur Ad. Thiele,
Halle a. S.
Vorstand d. Sekret.-Kommission.
Dirigent für Heimeren Oelgang bereit gesucht. **Hr. Hanegold,**
Elegienstr. 18. 3459

Chromo lithographen
berlangt P. Grasseck, Waldemarstr. 39.
Beinkleider - Arbeiterin aus Halle, bessere Sachen, verl. 3229
Tunna, Friedenstr. 95.
Kohlenrod - Arbeiterinnen verlangt
Hr. Hrad, Frankstr. 30, Querg. III.
Bergolder, 3475
Kardinalmacher verlangt Emil Sonnen,
Reue Königsstr. 4.

Tägl. Kartenschneider,
welcher an der Kollschere u. Beschnidemaschine Bescheid weiß, gesucht.
Berndt Lange, Beuthstr. 2.
Verfasser auf Reisen verl. Hübner,
Schloßstr. 4. 3425

Karton-Arbeiterinnen
im und auhem Hause sucht Gustav Frankel, Kahanien-Allee 79. 3215
Schiffmaler,
nur tüchtige, verl. Klein, Köpcke-
str. 99a. 3375

Gausbursche,
fröhlich, Sohn unabhängiger Eltern, so fort gesucht. Rederer, Schillerstr. 9.
Zehnender Nebenverdienst bietet sich Angehörten groß. Fabr. oder sonst. Verl. d. Verkauf eines eintr. Verarbeit. Räder, unt. L. 74
Verarbeit. Räder, 89 erbeiten.

Wanfells [1815*
auf Knabenladen, Hosen 0.30-0.60 M.,
Hosen und Hüfen 0.60-1.20 M.,
Lebenslangendbetriebe, 0.15-0.40 M.,
im- und auhem Hause verl. bauend
G. Laaser, Brunnenstr. 84.
Plätterinnen auf gefüllte
Untertragen und Strümpfen im
auhem Hause verl. **Mag. Trebbe,**
Schloßhauer Allee 107a, Bahstr. IV.
Aufwärterin sucht Frau I. Böhm,
Feste, Köpcke-Str. 78 G. II. 3359

Blusenarbeiterinnen
im u. auhem Hause verlang
Rohstoffe 90 u. d. **Hiedel,** 3156
Mamsells
auf bessere Capes verlangt [3375]
Georg Rosenberg,
Niederwallstr. 10.

Kleine Anzeigen.

Vielfachen Wünschen aus dem Kreise unserer Leser und Inserenten entsprechend, werden wir vom 1. Juni ab eine neue Inseraten-Kategorie „Kleine Anzeigen“ eröffnen. Der „Vorwärts“, das einflussreichste und verbreitetste politische Organ Berlins und seiner Umgebung, will mit dieser Einrichtung auch hinsichtlich der Ausgestaltung und Ausdehnung des Inseratenteils den Bedürfnissen der Leser entgegenkommen und sie unabhängig machen von der Demagogie der farblosen Inseratenpresse. Unter der Rubrik „Kleine Anzeigen“ werden die Inserate nach Worten berechnet, so daß es jedem Inserenten möglich ist, mit Leichtigkeit den Preis einer von ihm aufzugebenden Anzeige zu bestimmen. Wir berechnen jedes Wort (auch abgekürzt) und jede Zahl mit 5 Pfennig; Worte über 15 Buchstaben werden für zwei Worte gezählt. Das erste Wort wird ohne Extraberechnung fett gedruckt. Die Hervorhebung anderer Worte durch Fett- oder Sperrdruck ist unzulässig. Die Inserate betr. Schlaffstellen, möblierte Zimmer u. dgl., sowie Stellengesuche und Angebote (Arbeitsmarkt) werden vom 1. Juni ab gleichfalls unter den „Kleinen Anzeigen“ veröffentlicht und entsprechend berechnet. Arbeitsmarkt-Anzeigen, in denen einzelne Zeilen oder Worte durch fette oder größere Schrift hervorgehoben sollen, kosten pro Zeile 40 Pf. Die „Kleinen Anzeigen“ werden in der Haupt-Expedition, Beuthstraße 3, von sämtlichen Zeitungspediteuren und in den unten verzeichneten Annahmestellen angenommen.

Die Expedition des „Vorwärts“,

- Berlin SW., Beuthstr. 3.
- Osten:**
Robert Wengels, Zeitungspediteur, Frankstr. 90, G. II.
P. Vogel Wwe., Cigarrenhandlung, Köpenickerstr. 83.
Chr. Schulz, Cigarrenhandlung, Blumenstr. 14.
 - Nordosten:**
J. Reul, Cigarrenhandlung, Barnimstr. 42.
 - Norden:**
W. Bahmann, Zeitungspediteur, Grünhägerstr. 61/65.
Karl Mars, Zeitungspediteur, Kahanien-Allee 95/96.
Emil Stolzenburg, Zeitungspediteur, Wiesenstr. 14.
S. Dehnd, Cigarrenhandlung, Rübenthalstr. 24.
H. Tich, Cigarrenhandlung, Invalidenstr. 124.
G. Vogel, Cigarrenhandlung, Demminstr. 32.
 - Nordwesten:**
Karl Anders, Zeitungspediteur, Salzweberstr. 8.
 - Centrum:**
P. Gorsch, Cigarrenhandlung, Gipsstr. 27.
 - Süden:**
Fritz Chueforge (früher Duandl), Zeitungspediteur,
Bergmannstr. 23, Hof II.
G. Schröder, Cigarrenhandlung, Kreuzbergstr. 15.
- Gaus Baake, Buchhandlung, City-Passage, Dresdenstr. 52/53.**
 - J. Gutschmidt, Cigarrenhandlung, Köpcke-Damm 8.**
 - Südosten:**
Fritz Thiel, Zeitungspediteur, Wallstr. 35.
Ed. Geise, Cigarrenhandlung, Wangenstr. 58.
Martin Wetscha, Cigarrenhandlung, Wallstr. 24.
 - Charlottenburg:**
Gustav Zehnerberg, Zeitungspediteur, Schillerstr. 94 I.
H. Tich, Cigarrenhandlung, Kaiser Friedrichstr. 37 b.
 - Rixdorf:**
G. Chiermann, Zeitungspediteur, Grätzstr. 6.
G. Heyeran, Cigarrenhandlung, Hermannstr. 50.
 - Friedenau:**
G. Bernsee, Zeitungspediteur, Kirchstr. 15.
 - Schöneberg:**
Wilhelm Bäumer, Zeitungspediteur, Koppel Paulusstr. 13, Quergebäude hochparterre.
 - Weissensee:**
Friedrich Bachmann, Zeitungspediteur, Neubergr. 1.

Reichshallen.
Bei schönem Wetter in dem herrlichen, aufs prächtigste renovierten Konzertgarten, bei schönem Wetter im großen Theater-saal
täglich:
Stettiner Sänger
(Weibel, Viebro, Britton, Siebel, Krone, Schneider und Schrader).

Schweizer-Garten
Am Königsdior (Ringbahn) Am Friedrichshain.
Täglich: **Theater- und Specialitäten-Vorstellung.**
Volksbelustigungen aller Art.
Freier Damentanz und **Ball.**
Anf. 4 1/2 Uhr. Entree 30 Pf.
An Wochentagen ist das Etablissement an Vereine zu vergeben

Neue Mühle bei Königswusterhausen.
Zu Dampfer- und Landpartien vorzüglich geeignet.
Otto Beyers Restaurant „Zur Schleuse“
1000 Personen fassend. Regelmäßige Kaffee-Lage. Volksbelustigungen.
Für Vereine und Fabriken constanteste Bedingungen. 317b
Einzige Dampfer-Anlegestelle in Neue Mühle.

Prater-Theater
Kahanien-Allee 7/9.
Täglich: **Dorus Reul.** Volks- und Musik- u. Tanz- u. Lang von Hugo Schulz, Musik von H. Reulien. Kahanien-Allee 141. Vierrath. Gehr. Milano, Grot. Duert. Tauma-Quartett, Gehr. u. Lang. Abous u. Campion, Red. turner. Hr. Pionard, Gehr. u. Ropi. Gaultdrich. Hr. Hubertus, Kunstpfeifer. Ballettgesellschaft. Döring. Mr. Bartling, lebende Schatze. Konzert und Ball. Eintritt Wochentags und Sonntags 30 Pf., num. Platz 50 Pf. Kalso.

W. Noacks Theater,
Brunnenstraße 16.
Täglich im Garten:
Konzert, Theater u. Specialitäten-Vorstellung.
Der schöne Frühlingstag
Sämmt in 1 Akt von Heilich.
Ren! Manschwänzchen.
Waffe mit Gehrung und Tanz in 1 Akt v. O. Müllers. Musik v. G. Steffens.
Im neu renov. Saal: **Großer Ball.**

Zähne 2 M.
10 Jahre Garantie. Vollkommen schmerzloses Zahnziehen 1 M. Plomben 1,50 M. Teilzahl. wöchentl. 1 M. Zahnarzt Wolf, Leipzigerstr. 22. Sprechst. 9-7.

Bock-Brauerei.
8. Juni.
8. Juni.
8. Juni.

Monbiter Gesellschaftshaus.
Alt-Monbit 80-81.
Täglich:
Grosses Konzert
und
Specialitäten-Vorstellung
ersten Ranges.
Kaffee-Lage geöffnet. — Vesperpartouts haben Gültigkeit und sind noch zu haben. — Elektrische Beleuchtung.
C. H. Peters.

Gesellschaftshaus
Zwischenmünderstr. 42.
Täglich im Garten:
Theater-Vorstellung.
Saal für 800 Personen auch Sonntag frei. 18973*

Möbel,
dar und Teilzahlung, billigst Franzfurter Allee 110 I, Gde Königsbergerstr.

Badeartikel.

Bade-Anzüge aus waschechtem Purpur, klein	80 Pf. 85 Pf.	Badekappen für Kinder, Stück	15 Pf. 18 Pf. 22 Pf.	Bademäntel, weiss, Stück	2, 90 Mk. 3, 30 Mk. 4, 65 Mk.
Bade-Anzüge aus waschechtem Purpur, mittel	90 Pf. 95 Pf.	Badekappen für Erwachsene, Stück	25 Pf. 42 Pf. 48 Pf. 60 Pf.	Bademäntel, weiss mit Kapotte	3, 70 Mk. 5, 15 Mk.
Bade-Anzüge aus waschechtem Purpur, gross	1, 00 Mk. 1, 35 Mk.	Gummibadekappen, Haubenfaçon, Stück	1, 50 Mk. 1, 60 Mk.	Bademäntel, bunt	6, 25 Mk.
Bade-Anzüge aus waschechtem gestreift. Percal klein	1, 10 Mk. 1, 15 Mk.	Gummibadekappen, Tellerfaçon, Stück	1, 60 Mk. 1, 75 Mk.	Bademäntel, bunt mit Kapotte	6, 75 Mk.
Bade-Anzüge aus waschechtem gestreift. Percal, mittel	1, 20 Mk. 1, 25 Mk.	Badehosen aus waschechtem Purpur für Kinder	14 Pf. 18 Pf. 23 Pf.	Seifläppchen, Stück	4 Pf. 5 Pf. 6 Pf. 10 Pf.
Bade-Anzüge aus waschechtem gestreift. Percal, gross	1, 35 Mk. 1, 50 Mk.	Badehosen aus waschechtem Purpur für Herren	28 Pf. 33 Pf. 38 Pf.	Frottirhandschuhe, Stück	8 Pf. 12 Pf. 23 Pf.
Frottirhandtücher bunt gestreift, Stück	38 Pf. 42 Pf. 55 Pf. 75 Pf.	Frottirlaken, weiss, Stück	1, 20 Mk. 1, 55 Mk. 2, 10 Mk. 2, 70 Mk. 3, 30 Mk.	Badeteppiche Stück	1, 10 Mk. 1, 75 Mk. 2, 35 Mk. 3, 00 Mk.
Frottirhandtücher weiss, Stück	42 Pf. 65 Pf. 75 Pf. 90 Pf.	Frottirlaken, bunt, Stück	1, 60 Mk. 2, 10 Mk. 2, 70 Mk. 3, 30 Mk. 3, 70 Mk.	Rückenreiber, Stück	85 Pf. 1, 10 Mk.

Damen-Wäsche.

Damentaghemden, Priesenfaçon, Stück	95 Pfg. 1, 25 Mk. 1, 50 Mk.	Damennachtjacken, Dimiti, gestreift Stück	1, 15 Mk. 1, 35 Mk. 1, 75 Mk.	Damenbeinkleider, Kniefäçon	1, 25 Mk. 1, 65 Mk.
Damentaghemden, Passenfaçon, Stück	1, 25 Mk. 1, 50 Mk. 1, 75 Mk.	Damennachtjacken, Damast geblümt, Stück	2, 25 Mk.	Damenbeinkleider, langes Façon	1, 20 Mk. 1, 50 Mk. 1, 80 Mk.

Photographie.

Neuester Sport.

Photographien auf Postkarten

1 Person 6 Stück 75 Pfg., 12 Stück 1, 20 Mk.

Die Aufnahmen finden von:
9 Uhr Morgens bis 4 Uhr Nachmittags
in wirklich künstlerischer Weise
in unserem photograph. Atelier
Belle-Alliance-Str. 1-2
statt.

Soeben eingetroffen: **Künstlerpostkarten** mit Ansichten von Berlin. 10 Stück im Enveloppe. Preis 10 Pf.

Telephon Amt III. 3315.

Berliner Flick-Schusterei „Hans Sachs“
Befehl- und Reparatur-Werkstatt
Brunnenstr. 196 im Kollenthal-Thor.

Filialen mit Ladengeschäft:
I. Charlottenburg, Wilmersdorferstrasse 156.
II. W. Gleditschstrasse 48 (am Winterfeldplatz).

Saubere Arbeit! Unbedingte Reellität!

Herren-Sohlen	M. 1,65	Absätze	60 Pf.
Damen- "	1,30	"	50 "
Knaben- "	1,30	"	50 "
Mädchen- "	1,00	"	40 "
Kinder- "	0,60	"	30 "

Handarbeit! Pa. Kernleder! Schnell! Reell!

Lager nur solider billiger Schuhwaren.

Abholen und Wiederbringen gratis!

Kinder-Milch

roh oder sterilisiert — nach den strengsten hygienischen Vorschriften gewonnen.

Trockenfütterung. — Tierärztliche Kontrolle. — Tuberkulin-Impfung.

Professor Gaertners Säuglings-Nahrung.

Vollkommenste Nachahmung der Muttermilch, gebrauchsfertig | Flasche 15 Pfennig.

Diabetes-Milch

für Zuckerkranke.

Schweizerhof,

Melerei und Milchkur-Anstalt,
Berlin NW., Emdener Strasse 40-41.
Fernspr. Amt II — 2517. (1965L*)

Kraft-Milch

für Blutarmer.

Neu! Bierbecher

mit den Bildnissen bewährter Bildmänner. Nicht abwaschbar, sondern in Emaille eingebraunt. Alleinverkauf für Deutschland: **A. Laube, Pöln** (Dannover).
Wiederverkäufer an allen größeren Plätzen gesucht.

Dr. Pinkus,
Specialarzt für Lungenkrankheiten und Tuberkulose im allgemeinen.
Friedrichstr. 211, II. Sprechstunde 9-11, 4-6, für Unbemittelte 8-9.

Vermietungen.

Wohnungen.

Freundlicher Laden, mit an-schließender Wohnung, Keller, jede Branche, lat. o. spät. Grönanerstr. 25.

Zimmer.

Exp. Zimmer f. Herrn oder Dame
b. Thiele, Kollenthalstr. 28, Hof 1 Tr.
Möbl. Zimmer (Schlafstelle) Rantzenstr. 116, v. 3 Tr. I. 3446

Schlafstellen.

Möbl. Schlafst. f. d. m. Kaffee 10 W.
b. D. Stubbe, Waldemarstr. 37 v. 14, Tr.
Schlafstelle, sep. Eingang, Meyerstr. 29, v. 4 Tr. 3246

Möbl. Schlafst. f. Herrn u. Zimmer,
Kollenthalstr. 32, v. 2 Tr. I.
Möbl. Schlafst. f. d. od. 2 Damen
bei allein. Frau Herzog, Stollbergstr. 144, Hof 1 Tr. 3265

Schlafst. f. d. sep. v. Curtz, Ballstr. 21-22, Quergeb. 3255

Möbl. Schlafst. für Herren Urbanstr. 87, v. I b. Winoe Waldmann.
Möbl. Schlafstelle für 1 Herrn bei Becker, Admiralsstr. 26, v. 2 Tr. 3395

Saub. Schlafst. sep. Eing. f. Herrn.
Kollenthalstr. 2, v. 3 Tr., bei Pawlitz.
Saub. möbl. Schlafst. f. 1-2 d., sep. Eing., billig. Grüner Weg 52 v. 3 Tr. I. 3365

Schlafst. 10,50, v. Sab. Raumstr. 36 d. I. 3406
Schlafst. sep., Reichendergerstr. 155 v. II b. Dill. 3415

Neuer Abendkursus der „Elektra“!
Sonntag, den 3. Juni, abends 8 Uhr.
für Elektromonteur, Installateur, Maschinenf. Techniker etc. Dauer 6 Monate, Honorar 6 Mark monatlich. Leichtfassliche Lehrmethode, Erfolg garantiert. Jeder Schüler kann während dieser Zeit zugleich am **praktischen Unterricht** teilnehmen.
Abgangszugnis — Stellungsnachweis.
Anmeldungen (Schein) im Bureau der „Elektra“, Prinzenstr. 55, I (gegenüber der Turnhalle). Telefon: Amt IVa Nr. 6006.
Man verlange Prospekt, Lehrplan.

Verlangen Sie gratis!
© meines neuesten PRACHT-CATALOG über **HAMMONIA-FAHRRÄDER**
MOTOR-RÄDER
und Zubehör-Teile
das ganze Sortiment ist preiswerte und die allerbilligsten Preise
Hammonia Fahrrad-Fabrik
A-H-VELTZEN, HAMBURG

Fahrräder
verpfändet gewesene, gebrauchte u. neue erstklassige Damen- u. Herrenräder verkauft spottbillig 72/19*

Konzess. Leihhaus
Neue Schönhauserstr. 111.

Prima harte
Schlackwurst u. Salami
a Pfund Mt. 1,10;
bei 5 Pfund a Pfund Mt. 1,00.
Speck, fetter, a Pfd. 55 Pf.
mager, a Pfd. 65 Pf.
bei 5 Pfd. a Pfd. 5 Pf. billiger.
Schinken, preuß. a Pfd. 85 Pf.
E. Klähn, Linde-Str. 10, nahe der Markthalle. (1965D*)

Dr. med. Schaper homöop. Arzt, Specialarzt für **Haut- u. Harnleiden**
Frauen-Krankheiten.
Schöneberger Ufer 25. Spr. 9-1. 4-7.
Homöopath. Poliklinik:
Montag, Mittwoch, Sonnabend, Ab. 7-8: Friedrichstrasse 114, I.

Dr. Simmel Moritzplatz, i. Haus v. Aschinger 2 Treppen rechts.
Specialarzt f. Haut- u. Harnleiden.
10-2, 5-7. Sonntag 10-12, 2-4.*

Hans Kayser 16901*
Gärtner Bahnhofs, Platz 6.
Billigste Bezugsquelle für **Press- u. Steinkohlen.**

Woll- und Baumwoll-Abfälle
jeder Art lauft Broderick, Oppenbergerstr. 16 part. 14793*

Das beste und im Gebrauch billigste und bequemste
Waschmittel der Welt
ist **Dr. Thompson's Seifenpulver**

Fahrräder-Teilzahlung direkt aus der Fabrik
wichtige Anzahlung, cont. Teilzahlung.
1 Jahr schriftl. Garantie.
33. Cranienstr. 33. (16359*)

Rechtsbureau
des langj. Bureauverwalters Jacoby,
Dr. Frankfurterstr. 55. Rat u. Ansf.
kunft i. allen Angelegenheiten. Abends
bis 9 Uhr, auch Sonntagvorm. geöffnet

Verantwortlicher Redacteur: August Jacobey in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin.